

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg., ausschließlich Bestellsgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 13693.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 10/21. Telephon 2721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

In Leipzig wurden bei den Landtagswahlen die beiden Nationalliberalen gewählt.

Ein Schiedsgericht in Berlin schloß den Anarcho-sozialisten Dr. Friedberg aus der sozialdemokratischen Partei aus.

Die Berliner politische Polizei drohte den beiden Lehrern an der sozialdemokratischen Parteischule, den Genossen Pannetock und Hilferding, mit der Ausweisung.

Der Ministerialdirektor Althoff scheidet am 1. Oktober aus seinem Amte.

Die Polizei von Königshütte lieferte gegen den Gerichtsbeschuß einen russischen politischen Flüchtling an die russischen Behörden aus.

Ein Geniestreich der Blockpolitik.

Leipzig, 26. September.

Fürst Bismarck hat einmal wieder eine jener Heldentaten vollbracht, in denen er ebenso exzelliert, wie in feuilletonistischem Gepolter; er hat zwei ausländische Genossen durch die Berliner Polizei mit der Ausweisung bedrohen lassen, wenn sie nicht auf ihre Tätigkeit an der Parteischule verzichten. Es sind die Genossen Hilferding und Pannetock, jener ein Oesterreicher, dieser ein Holländer; Hilferding war in Wien als Arzt tätig, Pannetock als Observator an der Sternwarte in Leyden staatlich angestellt, bis beide vor Jahr und Tag von der deutschen Parteileitung an die neu gegründete Parteischule berufen wurden, an der Hilferding Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte, Pannetock soziale Theorien und historischen Materialismus lehrte.

Unsere Leser werden uns nicht in dem Verdachte haben, daß wir diese Einzelheiten hervorhoben, um für die polizeiliche Maßregelung der beiden Genossen ihrer bürgerlichen Stellung wegen ein größeres Interesse zu erwecken, als wir in gleichem Fall etwa einfachen Arbeitern zubilligten. Nicht von unserem Standpunkt, aber wohl vom Standpunkt unserer Gegner und speziell vom Standpunkt des Reichskanzlers aus fällt dadurch ein schärferes Licht auf diesen Geniestreich. Jene schöne Redensarten, die bei Erlaß und bei den jeweiligen Verlängerungen des Sozialistengesetzes bis zur Bewußtlosigkeit strapaziert wurden, werden dadurch einmal wieder gründlich abgetan, jene Redensarten, als solle nur die angeblich frivole Aufhebung angeblich un-

wissender Massen verfolgt, nicht aber die sogenannten berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse um Erhöhung ihrer Lebenshaltung oder um ihre intellektuelle Aufklärung. Freilich die ganze Hohlheit und Nichtigkeit dieser Demagogie war schon in den Jahren des Sozialistengesetzes dargetan, so daß sich der Block eine weitere Beweisführung in dieser Richtung sehr gut hätte sparen können, aber des Blockes hoher Meister will gern zeigen, daß er immer noch das Pünktchen auf das i der Bismarckerei zu setzen weiß, und ganz besonders legt er wohl Wert darauf, darzutun, daß der Block gegen Vernunft und Wissenschaft noch ganz anders ins Zeug zu gehen versteht, als zur Zeit, wo der Reichskanzler mit der schwarzen Garde des Ultramontanismus sein Jahrhundert in die Schranken forderte.

Wir sind in der glücklichen Lage, dies Phänomen ohne allen Eifer und Born zu studieren. Der Schlag, der mit dem Vorgehen gegen Hilferding und Pannetock die Parteischule treffen sollte, war schon in dem Augenblick pariert, wo er fiel. Die beiden Genossen haben zunächst Beschwerde gegen die polizeiliche Verfügung erhoben, aber an ihre Stelle sind sofort die Genossen Luxemburg und der Genosse Dunder getreten. Welche sind unseren Lesern näher bekannt, ebenso wie der Genosse Pannetock, dessen überaus ruhige und sachliche Art der belehrenden Auseinandersetzung sie aus einer Reihe von Artikeln kennen. Vielleicht aber ist dem Reichskanzler die Art Pannetocks allzu sachlich, und er wünscht, daß an der Parteischule ein wenig temperamentvoller unterrichtet werde, und da ist ihm die Parteileitung gern entgegengekommen, indem sie die Genossin Luxemburg an die Stelle Pannetocks treten ließ. Weshalb sollte man billige Wünsche eines so liebenswürdigen Herrn nicht erfüllen?

Injoweit hat die Sache eine entschieden humoristische Beimischung, und wir bringen es nicht übers Herz, sie mit sittlicher Entrüstung zu behandeln. Will sich die Blockpolitik in solcher Weise vor aller Welt blamieren — immerzu! Nicht uns schädigen sie dadurch, sondern sie schlagen höchstens den großen, bürgerlichen Philosophen Fichte ins Gesicht, dessen Namen die liberalen Blockgenossen und der erlauchte Protokoll des Blocks so oft und so unnützlich im Munde führen. Denn die Parteischule ist ein Versuch der Arbeiterklasse, jener „neuen Erziehung“ einen Boden zu schaffen, die Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation forderte.

„Ich setze hinzu: Der Jüdling lernt gern und mit Lust, und er mag, solange die Spannung der Kraft vorhält, gar nichts lieber tun, denn lernen, denn er ist selbsttätig, indem er lernt, und dazu hat er unmittelbar die allerhöchste Lust. Wir haben hieran ein äußeres teils unmittelbar ins Auge fallendes, teils untrügliches Kennzeichen der wahren Erziehung gefunden, dies, daß ohne alle Rücksicht auf die

verschiedenheit der natürlichen Anlagen und ohne alle Ausnahme jedweder Jüdling, an den diese Erziehung gebracht wird, rein um des Lernens willen, und aus keinem andern Grunde, mit Lust und Liebe lerne. Wir haben das Mittel gefunden, diese reine Liebe zum Lernen anzuzünden, dies, die unmittelbare Selbsttätigkeit des Jüdlings, anzuregen und diese zur Grundlage aller Erkenntnis zu machen, also daß an ihr gelernt werde, was gelernt wird.“ So Fichtes Programm der „neuen Erziehung“, das zunächst an die gebildeten Klassen gerichtet, aber von ihnen hundert Jahre verachtet wurde, bis die Arbeiterklasse, die glückliche Erbin unsrer klassischen Philosophie, damit Ernst zu machen begann.

Ein fragenhaftes Bild, wie nun die herrschenden Klassen nach dem Polizeiknüppel greifen, um hinter denen herzujauchen, die sich nach Fichtes Worten richten und nicht bloß mit seinen Worten alberne Kapriolen treiben. Aber was wir hier sehen, ist nicht eine beliebige Karnevalsfrage, sondern die Frage des innern Grauens, das dem Block durch die jungen und schon so greisenhaften Glieder rieselt. Er fürchtet nichts so sehr, als das geistige Erwachen, als das klare Denken, als jene „unmittelbare Selbsttätigkeit“, jene „reine Liebe zum Lernen“, in der Fichte die Rettung der Menschheit sah, wenn sie „ohne alle Ausnahme“ in ihnen erwache.

Das ist bei alledem ein ernster Sinn, der in diesem kindlichen Polizeispiel liegt. Indem ihre Gegner zeigen, was sie am meisten fürchten, mögen die Arbeiter sich dessen bewußt werden, was sie am eifrigsten betreiben müssen. Und damit sei dieser Geniestreich der deutschen Blockpolitik dem homerischen Gelächter der zivilisierten Welt überlassen.

Die Parteipresse über Essen.

Hamburger Echo:
Es gereicht uns zur besonderen Freude, in Uebereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit des Parteitagess, konstatieren zu können, daß es nicht so gekommen ist, wie der „Willkommen“-Artikel des Dortmunder Parteiblattes mit seiner Ausführungen beabsichtigt hat. Das Gegenteil von dem, was er böllig unmotiviertweise verlangte, ist eingetreten: sowohl der Bericht und die Debatte, betreffend die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion, wie auch und zwar hauptsächlich der in jeder Hinsicht vorzügliche Vortrag Bebels über die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage und die daran sich anschließende Debatte haben eine nicht hoch genug zu schätzende weitere Klärung für die Stellung der Partei zu den Fragen des Militarismus und der Kolonialpolitik bewirkt. Das Hauptverdienst daran ist dem Genossen Bebel zuzuerkennen. Die Art und Weise, wie er es verstand, ohne überflüssige Schärfe des Tones, aus der Fülle seiner reifen und reichen Erfahrung heraus, die Unzulässigkeit und Schädlichkeit der übertrieben radikalsten neuen antimilitaristischen Richtung, zu der einige wenige

Seuilleton.

Die Geschichte von einem, der nichts durfte.

Von Charlotte Niese.

2) Nachdruck verboten.
Ob der Graf diesen überraschend lauten Redeschuß von Krißchan ganz verstand, war nicht zu bemerken. Er sagte: Darf ich? und setzte sich dann nieder. Krißchan erwartete auch keine Antwort. Er hatte eben im drittbesten Wagen ein leeres Käufennest gefunden und betrachtete die Ueberbleibsel eines friedlichen Familienglückes mit nachdenklicher Miene. Daher achtete er auch nicht auf den Grafen, der nach einigem Räuspfern zu sprechen begann, weil ihm diese Achtsamkeit Mut gab.
Ich wollte sie auch eigentlich nicht heiraten, sagte er; aber die Mama wünschte es. Die Partie war standesgemäß. Auf dem Gute meines ältesten Bruders diente ein kleines Hausmädchen — er stochte und sah vor sich nieder.

Krißchan hatte aber nur das letzte Wort gehört und nicht zerstreut. Hausmädchen! O, die können nützlich sein!
Ich wollte sie heiraten, begann der Graf wieder, und Krißchan ließ die große Wagenbürste, die er in der Hand hielt, beinahe fallen.
O du mein Heiland, wie konnten Sie doch man bloß an so was denken, Herr Graf! Sie und ein Hausmädchen — das durften Sie doch nicht!
Nein, ich durfte es nicht! sagte der Graf, mit dem Ausdruck gänzlicher Hoffnungslosigkeit. Alles, was ich wollte,

das durfte ich nicht. Ich wollte so gern Landmann werden, aber die Mama sagte, ich dürfe nicht Verwalter oder Inspektor werden, und mir selbst ein kleines Gut zu kaufen, dazu hatte ich kein Geld.

Was Ihr Mutter war, die ist ein vernünftige Frau gewesen, bemerkte Krißchan. Er bürstete jetzt eifrig die schadhafte Polsterung der drittbesten Kutsche, und eine Wolke von Staub umgab ihn. Der Graf hustete unwillkürlich, dann fuhr er fort: Die Mama sagte, der König müsse für mich sorgen, weil ich aus so vornehmer Familie sei. Da bin ich denn an den Hof gekommen.

Ja das, wo der König wohnt? fragte Krißchan, und als der Graf nickte, lächelte Krißchan wohlwollend: So ist recht! Son seinen Mann gehört in den König sein Sloß!
Aber die Herrschaften mochten mich doch nicht besonders gern, erwiderte der Graf zögernd. Ich kann keine Konversation machen, und sie sagten, ich hätte nicht Verstand genug, mein Amt weiter zu verwalten!

Da hört' nu doch allens auf! rief Krißchan enttäuscht. Kein Verstand genug? Du liebe Zeit, was doch allens von'n Menschen heut verlangt wird! Wenn ein ein Graf is, denn braucht er doch auch nicht noch Verstand zu haben; das is doch warrafftigen Gott nicht nötig!

Der Graf lächelte ein wenig über den Born seines Freundes, und doch schien er ihm wohl zu tun. Er setzte sich förmlich etwas fester auf die Goldbank und blickte freier um sich. Hier ist es sehr gemüßlich! sagte er, darf ich jeden Tag wiederkommen?

Mit dieser Frage beschloß er jedesmal seine Unterhaltung mit Krißchan und verank dann hinterher in ein stundenlanges Schweigen. Auch heute sagte er nichts mehr, und als er nach einer Weile ging, begab sich Krißchan zu seinem Posthalter. Herr, sagte er, der Graf hält mi hit wat vertelt. Verdreist is he, aber watt sin Fru is, da heft he kein Schuld an, de is em winadt worru!

Da hebb id mi all dacht! murmelte der Posthalter. Er konnte sich gerade seine kurze Weile und besorgte dies Ge-

schaft mit großem Ernst. Dann hob er den Kopf. Hör, Krißchan, lat den ohl Mann man ganz geruhig in de Kemis sitten und stör em nich. Und wenn he döftig* utsecht, denn hal em en Glas Beer!

Ich hebb em jegg, dat de Fru Gräfin de Wagens nich betahlt! bemerkte Krißchan befriedigt.

Aber der Posthalter nahm die brennende Pfeife aus dem Munde: Wat schall dat bedüden? Da kann he doch nig vör! Lat em tofreden, un wenn se wedder schickt, denn spann den drittbesten Wagen an!

De stöht bannig! lachte Krißchan, und dann schwieg er für den Rest des Tages.

So war es gekommen, daß der Graf Darfich, der in seinem ganzen Leben eigentlich niemals etwas geburft hatte, nun doch eine Stätte gefunden hatte, wo er freundlich aufgenommen wurde. Seine Standesgenossen vergaßen ihn und seinen Reimamen, und selbst die andern Kleinstädter erkannten ihn kaum, wenn er schüchternen Schrittes die Straße hinabging, um sich in die Wagenremise zu begeben.

Es ist wohl möglich, daß seine Frau hin und wieder ein paar Worte mit ihm wechselte; sie verkehrte aber so eifrig mit einigen auf dem Lande wohnenden Verwandten, daß sie ihren Gatten fast ganz darüber vergaß. Das war wenigstens die Ansicht derer, die das sonderbare Paar noch hin und wieder beobachteten.

Nach einigen Jahren gehörte der Graf so vollständig zum Inventar der Wagenremise, daß er an allem, was in ihr geschah, den lebhaftesten Anteil nahm, so viel, als er überhaupt zeigen konnte. Heute war nun ein großer Tag, denn der Posthalter hatte sich zum Ankauf eines neuen Wagens entschlossen! Es war allerdings keine Kutsche, sondern ein schwarzladierter Leidenwagen, der auf dem Ehrenplatze in der Kemis stand; aber gerade dieser hatte der kleinen Stadt geschick, und der Posthalter hoffte mit

*Drehtig.

Parteienoffen sich bekamen, zu beweisen, war eine seiner besten Leistungen, vor allem eine Leistung des Nüchterns und Klar ersehend und ertragenden politischen Verstandes, die nach unserm Ermessen von weittragender Wirkung sein wird. Uebel in erster Linie gebildet so mit zu denen, die im Namen der Partei sagen dürfen und so sagen verpflichtet sind: „Wir haben nicht nur jetzt, sondern auch in der Vergangenheit durch Erfahrungen gesammelt; wir haben gelernt, uns vor unzulässiger Tollheit zu hüten, Auslieferung, Verbreitung von Wissen und Erkenntnis ist das große Mittel, womit die Sozialdemokratie vorwärts kommt.“

Breslauer Volksmacht:
In den Annalen der Parteigeschichte wird der Essener Kongress nicht unter den großen, bedeutenden Kundgebungen des deutschen Proletariats rubrizieren, aber er wird auch frei sein von allen unangenehmen Erinnerungen, die einzelne seiner Vorgänger begleiten. Er wird von diesen unangenehmen Erinnerungen frei sein, trotzdem er der erste Parteitag nach der „großen Niederlage“ von 1907 gewesen ist und die Möglichkeit harter Auseinandersetzungen über die Ursachen des „Mißschlages“ nicht ausschloß. Wie die angeblich niedergeworfene und niedergeworfene Partei in unerschütterter Kampflinie ihre alten Schanzen behauptet, wie sie in Ruhe zurückschauend die Situation noch einmal überblickt, die alten Waffen prüft und ergänzt und sich neue Gewissheit über Ziele und Wege ihres Kampfes verschafft, das muß auch auf den besten Eindruck der Sicherheit und Festigkeit machen.

Vielleicht trifft es zu, daß der Parteitag etwas allzuklüftig über die organisatorischen Fragen des ersten Tages hinwegging. Unseren Regierungen deutlich zu machen, daß der sozialdemokratische Kampf gegen den Militarismus und den Krieg mit ungeschwächter Kraft fortgeführt wird, war gewiß nicht überflüssig, doch hätte man irrtümliche Schlüsse, die an Noskes Rede im Reichstage geknüpft worden sind, auch mit etwas weniger Stiktheit im Abschneiden dieses Genossen zerstreuen können. Gut aber bleibt es für alle Fälle, daß die herrschende Klasse er fährt, wie wenig Verantwortung wir ihr gegenüber zu übernehmen bereit sind; wenn sie uns gegenüber keine Verantwortung trägt.

Magdeburger Volksstimme:
Wir halten es aber im „Rote Woche“ mit Uebel, der ihn verteidigte und ihn besonders gegen den absurden Vorwurf in Schutz nahm, er hielte „Querpartisanismus“ getrieben. Scheidet man aus dieser Debatte aber das Persönliche aus, das in teilweise starken und verletzenden Heberreibungen zum Vorschein kam, so bleibt als sachlicher Gewinn bestehen, daß unsere einstimmige Kampfstellung gegen den Militarismus aufs neue vor aller Welt mit aller wünschenswerten prinzipiellen Schärfe dokumentiert worden ist und daß wir zum zweiten dieser Kampf mit den alten Mitteln führen wollen, die denn doch einmal bei jeder Anwendung aus innerer Notwendigkeit zum Siege führen müssen.

A. Th. im Volksblatt für Halle:
Zuerst war es die Rede des Genossen Noske-Chemnitz zum Parteitag, die bei Besprechung der Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion scharfe Auseinandersetzungen hervorrief. Aber Noske wehrte sich geschickt, und noch ehe Uebel für ihn eintrat, war schon entschieden, daß es nicht zu einer heftigen Verbrennung kommen werde. Mit Recht wurde von verschiedenen Genossen, besonders wirksam von Ulrich-Offenbach, betont, daß eine Rede in ihrem ganzen Zusammenhang und aus der Situation, in der sie gehalten worden sei, erklärt werden müsse. Hätte man daran auch bei Noskes Rede fest, so könne man vielleicht sagen, er habe sich ungeschickt geäußert, im Grunde aber habe er kein Prinzip verfehlt und schließlich doch nur wiederholt, was Uebel schon vor ihm in ähnlichen Worten geäußert habe. Durchschlagend sprach für Noske die Tatsache, daß in seiner Fraktionsführung auch nur ein einziger Parteigenosse Gelegenheit genommen hat, ihn zur Rede zu stellen. Erst nachdem das Leipziger Parteiblatt sich bewegt gefühlt hatte, ihn der Verleugnung eines Parteigründlings zu zeihen, haben auch andere ihm des halben Parteiverrats für schuldig erklärt.

Medlenburgerische Volkszeitung, Mostod:
Der Essener war der erste allgemeine deutsche Parteitag nach dem „Niederreiten“ der Sozialdemokratie. Unser Gegner hofften daher auf einen parteigenössischen Kampf der Personen über die „Schuld“ an dem Ausgang der Reichstagswahlen. Sie sind enttäuscht worden. Der Parteitag wählte Besseres zu tun. Uebels Referat über: Die Wahlen und die politische Lage, und die Aufnahme, die es bei den Delegierten fand, läßt keinen Zweifel über die fröhliche Kampfstimmung der Sozialdemokratie. Wir denken gar nicht daran, uns als „Niedergerittene“ zu fühlen!
Der weiter zu führende Klassenkampf wird die Sozialdemokratie auf dem Wege finden.

Volksblatt, Kassel:
Die Quelle Lebedour-Davis und Noske-Lensch sind recht harmlos verlaufen, und aufgeregt hat sich der Parteitag wegen dieser Episoden nicht.
Wichtig ist, daß der Essener Parteitag scheinbar einen sehr nüchternen Verlauf genommen hat. Aber wir wollten nur wünschen, daß wir immer derart nüchtere Verhandlungen mit ebenso erfreulichen Resultaten zu verzeichnen haben würden.

ihm ein gutes Geschäft zu machen. Er selbst stand, die kleine Pfeife im Munde und die Hände in den Taschen, behaglich lächelnd vor seinem neuen Erwerb, und neben ihm standen mehrere seiner Freunde. Denn in der kleinen Stadt war selbst der Kauf eines Leichenwagens etwas Freudenreiches. Da stand der verantwortliche Schriftleiter, Verleger und Drucker des städtischen Wochenblattes, der idiom im Geiste einen Artikel über diese „Ertrunkenheit der Reizzeit“ schrieb, da stand ein älterer Arzt, dem die schnellere Beförderung seiner Patienten nach dem Kirchhofe auch Freude zu machen schien; und in der dunklen Ecke besah sich natürlich auch der Graf. Mit andächtigen Entziden hingen seine Augen an dem Tobschwarzen Gesäß, das durchdringend nach Lad duffete.

Der Posthalter schlug ihm gutmütig auf die Schulter. „Nu, Herr Graf, wenn ich mit diesem Wagen Ihre Frau abholen las, denn sagen Sie nicht zu Krishna: Weib er, ob ich mit darf?“

Die andern lachten, aber der Graf sah den Sprecher zweifelnd an. Es dauerte immer eine Zeit, bis er den harmlosesten Witz verstanden hatte, und für den eben geäußerten hatte er kein Verständnis.

„Ob ich wohl einmal mit diesem schönen Wagen fahren darf?“ äußerte er schüchtern.

„Nu natürlich! rief der Posthalter, herzlich lachend, und: Gann, weiß! versicherte der Doktor.“

Da setzte sich der Graf wieder auf seine kleine Bank, und seine Augen glänzten vor Freude. Die andern sahen einander wütlich an, bloß Krishna, der etwas abseits stand, lachte nicht. Er kannte seinen Freund jetzt zu genau. Er wußte, daß der Graf nur glücklich war, weil er zum erstenmal in seinem Leben etwas durchge-

Volksblatt, Bochum:
Der Parteitag ist zu unserer Freude harmonisch verlaufen, und die agitatorische Wirkung, die für unser Heber davon zu erwarten ist, wird nicht zu unterschätzen sein. Die Auseinandersetzungen über die Militär- und die Kolonialfrage waren zwar nicht ganz frei von unangenehmen Nebenercheinungen, im großen und ganzen verliefen sie in angemessenen Formen.

Der politische Vortrag der Verhandlungen hätte größer sein können. Die Absehung der Behandlung der Wahlrechtsfrage für die Einzelstaaten hätte von vornherein die Möglichkeit ausgeschlossen, die einzige brennende Frage der Gegenwart, die Frage des preussischen Wahlrechts, ausgiebig zu behandeln. Sie hätte sich allerdings noch bei Besprechung der Reichstagswahlen und der politischen Situation behandeln lassen. Die preussische Wahlreform ist ein Bestandteil der Volkspolitik im Reich, unmittelbar mit ihr verknüpft.

Volksblatt, Stettin:
Die „rote Woche“ hat einen trefflichen Verlauf genommen. Der Parteitag hat im großen und ganzen gute und fruchtbarere Arbeit geleistet. Die deutsche Arbeiterklasse, soweit sie ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie erblickt, darf mit dem Ergebnis der Essener Verhandlungen zufrieden sein. Es wäre mögliches Bedenken, wollten wir Betrachtungen darüber anstellen, welche „Richtung“ in Essen den Sieg davongetragen. Unserer Trachtens haben die ganzen Verhandlungen klar erkennen lassen, daß die übergroße Mehrheit der Partei sich nicht nur in ihren Grundanschauungen einig ist, auch in den praktischen Fragen der Politik bestehen keine bedeutende Meinungsverschiedenheiten. Die erregte Auseinandersetzung über den Fall Noske erscheint uns wenig angebracht. Auch uns haben manche Parteien der Reichstagsrede des Genossen Noske nicht gefallen, aber deshalb glauben wir doch nicht, daß damit eine Revision unserer militärpolitischen Haltung inszeniert werden sollte. Nun soll im Reichstagsfall die Haltung der Partei von der Frage, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, abhängig gemacht werden. Wir halten einen solchen Standpunkt für falsch und die Fragestellung für irreführend, stimmen vielmehr hier dem Genossen Pautsch zu, der in solchen Fällen die Haltung des Proletariats durch die Interessen des proletarischen Befreiungskampfes bestimmt wissen will.

Az— in der Mainzer Volkszeitung:
Der Abgeordnete Noske-Chemnitz verteidigte sich gegen die schweren Angriffe, die ihm wegen seiner Rede über unsere Stellung im Kriegsfall gemacht worden waren. Man mag einige Ungeklärtheiten in der Form zugeben, auch den Zeitpunkt nicht für den glücklichsten halten, aber so schlecht, wie die Genossen Leusch, Lebedour und Stadhagen sie hinstellten, war die Rede nur doch nicht. Die Genossen Uebel und Volkmar brachen eine kräftige Lauge für den hart Angegriffenen und die große Mehrheit der Delegierten teilte diesen Standpunkt. — Der etwas verschrobene Antimilitarismus des Genossen Dr. Karl Liebkecht erfuhr eine herbe und deutliche Abfrage. — Wieder hat die rote Woche unsere Partei ein gutes Stück vorwärts gebracht.

Schleswig-Holsteinische Volkszeitung:
Im Mittelpunkt der Debatte über den Fraktionsbericht stand dann der Mißer Antrag über den Fall Noske. Die Mißer Genossen, die von vornherein gar nicht mit der Annahme ihres Antrages gerechnet hatten, können mit der Auseinandersetzung, die ihre Anregung herbeiführte, zufrieden sein. Der gute Noske wird es sich zweimal überlegen, ehe er wieder die Finte auf den Buckel nimmt und vor verammeltem Reichstagsvölk unter den beifälligen Winken des Kriegsministers den Versuch macht, den Strafschritt als Requisit unseres Parteiprogramms darzutun. In Essen hat er ganz etwas andres auf den Buckel bekommen, als die vielbesprochene rote Muskel. Parlamentarische Jungfernereden sind ja gewiß etwas nettes, vorausgesetzt, daß der sie ihrer entledigt, nicht auch noch in der Politik eine unschuldige Jungfrau ist.

Hußerordentlicher Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie.

Heute traten in Zug die Vertreter der Schweizerischen Arbeiterklasse zusammen, um zu beraten, welche Parolle das Massenbewusste Proletariat dem Schweizerische Volk zur bevorstehenden Abstimmung geben soll. Die Sitzung wurde vormittags in Gegenwart von über 250 Delegierten eröffnet. Als Präsident wird Genosse Reimann-Wiel gewählt. In seinem kurzen Eröffnungsworte sagt Genosse Reimann, daß Zentralkomitee habe den Parteitag einberufen, weil eine Partei, die ernstgenommen werden wolle, nur nach reiflicher Überlegung mit konkreten Vorschlägen vor das Volk treten könne. Er sagte das, um Einwänden gegen die Berechtigung der heutigen Beratungen vorzubeugen. Man beschließt hierauf, die beiden Referenten anzuhören, um Johann in die Diskussion einzutreten.

Der Referent ist Genosse Nationalrat Dr. Brücklein. In mehr als einstufiger Rede führt er etwa folgendes aus: Die Partei hat dem Volk durch das Ergehen des Referendums einen großen Dienst erwiesen, denn eine Wehrverfassung, die dem Volk teuer ist, muß unter Geburtstochen geboren werden, auch auf die Gefahr hin, tot geboren zu werden. Obwohl er der Probenner ist, kann er sich für die Militärvorlage selbstverständlich nicht begeistern, das könnte er nur für ein soziales Reformgesetz tun, das erwartet er auch von der Partei. Eine Partei, die der Regierung nichts als Schikanen entgegenbringt, hat keinerlei Veranlassung, sich etwa für ein billiges „Ja“ zu entscheiden. Der Parteitag zu Olten hat mit 204 gegen 36 Stimmen erklärt, daß er theoretisch die Notwendigkeit unseres Volksheeres zur Verteidigung des Landes anerkennt. Es ist also nicht jeder schweizerische Sozialdemokrat ein Antimilitarist, und auch unser tabulare deutsche Genosse Uebel hat vor vierzehn Tagen in seiner Rede in Zürich den schweizerischen Militarismus prinzipiell anerkannt. Bevor er auf die spezifisch proletarischen Einwände gegen die Schweizerische Militär Vorlage, er geht zwei allgemeinen Stimmungen entgegen. Erstens dem Einwand, die kleine Schweiz sei viel zu schwach, sich zu verteidigen; er glaubt aber, es kommt für ernste Politiker in diesem Falle mehr auf den Willen, als auf den Erfolg der Landesverteidigung an. Zweitens dem Einwand, daß Kriege in Zukunft nicht in Europa, sondern in den Kolonien spielen werden, d. h. nicht in der Schweiz. Nedner meint, die wissenschaftliche Entwicklung einzelner exponierter Teile der Schweiz als Eisenbahnknotenpunkte und Handelszentren macht beispielweise Basel, Genf und den Tessin für die Nachbarländer sehr appetitlich, und eine verstaatlichte Schweiz sei keine Schweiz mehr. Außerdem besteht Gefahr, daß die schweizerische Demokratie, wenn sie nicht proletarisch sein wird, von einer Koalition der reaktionären Grenzstaaten angegriffen wird, wie vor einem Jahrhundert das revolutionäre Frankreich. Endlich aber besteht die Gefahr, daß die Schweiz der Schauplatz eines deutschfranzösischen Krieges werden kann, wenn nicht die schweizerischen Wehrmänner die Neutralität wahrzunehmen. Vor der Hand ist immer noch die Gefahr vorhanden, daß der erwachende französische Chauvinismus den Herbeismus hinderschwenkt.

Es ist zwar ein idealer proletarischer Standpunkt, gegenüber dem Vaterlande gleichgültig zu sein, mit dem Motiv, daß es gleichgültig sei, wo man gegen den Kapitalismus kämpft. Nedner bewundert diesen heroischen Massenkampfstandpunkt — aber er kann ihn nicht teilen, denn er ist Patriot. Er ist ein Schweizer, er will, daß die Schweiz als solches existiert, und er will, daß sie sich vor dem Vordringen der anderen Nationen verteidigt.

Schweizer Demokratie dem Proletariat die Waffen gibt, den Sozialismus zu erriegen und er dieses Vaterland nicht von Staaten annektieren lassen will, in denen sich das Proletariat erst diese Waffen erobern muß. Die Franzosen in Stuttgart hatten recht, als sie den Deutschen vorwarfen: Ihr habt nichts getan, um Euer Land dem Sozialismus zu nähern. Nedner selbst kann sich auch die Entwicklung zum Sozialismus in Preußen-Deutschland schwerlich vorstellen, während er für die Schweiz den gangbaren Weg klar und deutlich vorgezeichnet sieht. Auch die „zentralistisch-plutarische Demokratie Frankreichs gibt dem Proletariat auf dem Weg zum Sozialismus manche schwere Aufgabe. Um sich sein Vaterland mit diesen Mitteln zu erhalten, muß die Schweizer Arbeiterklasse prinzipiell für das Mißsystem sein.

Selbstverständlich braucht das Schweizer Volk das bestmögliche Wehrgesetz, denn sein Staat ist ein aufstrebender Staat, und keineswegs im Zustand des Fortwärtstretens begriffen. In diesem Falle kommt es nicht auf die Kosten an, auch nicht auf die Tatsache, daß unter Republik trotz aller Demokratie doch ein Klassenstaat ist. Wir müssen aber den Staat als Klassenstaat verteidigen, wenn wir ihn erobern wollen. In technischer Hinsicht bringt nun das neue Wehrgesetz viele Verbesserungen. Au und für sich ist es schwer, in 40 Tagen das zu lernen, was die Soldaten anderer Länder in zwei und drei Jahren und einer Verlängerung von 63 Tagen lernen. Daß die Soldaten jedes Jahr und nicht jedes zweite Jahr Dienst leisten, hält er für ganz berechtigt. Referent hat alles das seit Jahren gewünscht und freut sich, daß die neue Militärorganisation das bringt. Er bedauert nur, daß kein Verbot besteht, die Armeekorps auszubilden, aber die technischen und organisatorischen Vorteile sind unbestreitbar. Er sagt, wir müssen für die Militärorganisation stimmen, falls wir nicht den gesamten Schweizer Militarismus verwerfen, denn sie ist die bisher beste. Wir dürfen keinerlei Äquivalente auf dem Gebiete sozialer Reformen verlangen, denn soziale Reformen des bürgerlichen Staates taugen sowieso nicht viel.

Erklären wir uns als Gegner, so sichert der Satz der Bauern gegen Antipatrioten und Sozialismus die Annahme der Militärorganisation. Die Gewerkschaftsbewegung muß rein proletarisch sein, die politische dagegen muß in allen Volksschichten mit Militärläutern rechnen. Ist Sozialdemokrat und Antimilitarist im Volk identisch, so sind wir geschnitten. Die chauvinistische Propaganda wird uns schaden, wenn man uns als Antipatrioten brandmarkt, und wir werden nach vollbrachter Tat erschrecken, wenn wir uns isoliert sehen.

Der nächste Referent ist Genosse Walter aus Winterthur. Er spricht gegen das Gesetz. Den Ausführungen Brückleins über den Ernst der internationalen Lage für die Schweiz stimmt er zu. Die Schweizergeschichte lehrt uns aber, daß es nur dann möglich war, die Neutralität der Schweiz zu verlieren, wenn kranke Massenverhältnisse den Volksorganismus widerstandsfähig gemacht haben. Unsere theoretische Stellung haben wir in Olten präzisiert, jetzt heißt es, diese praktisch anzuwenden. Die Gegner wollen uns auf den Kampfplatz des Nationalgefühlstoden, wir aber wollen die Vorlage vom nationalen Standpunkt aus bekämpfen. Vor 12 Jahren sollte den einzelnen Kantonen die Militärsouveränität genommen, die Militärverwaltung vom Bunde zentralisiert werden. 257 000 Schweizerbürger, die Majorität des Volkes, erklärten sich als Gegner; heute bringt das neue Wehrgesetz die indirekte Ausgestaltung der Macht der Vetsalbehörden, und der alte Föderationsgedanke, der sich gegen jeden Zentralismus auflehnt, lebt wohl noch. Um ihr Gesetz dann als schmachhaft zu machen, erklären diejenigen Herren, die heute in der Regierung sitzen, eine Dienstzeitverlängerung als völlig ausgeschlossen; — was damals richtig war, ist doch heute noch nicht falsch. Heute heißt Zentralisierung der Armeekorps derselben an die Regierung, die wir in den letzten Jahren als brutal kennen lernten, wenn es galt, Arbeiter zu belämpfen und die wortbrüchig wurde. Weiterhin ist das Gesetz ein Rahmen-gesetz. In wichtigen Fragen, wie Schaffung neuer Truppengattungen, Bewaffnungen und Festungsbauten übergibt es den Bundesbehörden volle Kompetenz. Wir würden der Militär der herrschenden Partei Tür und Tor öffnen und an der Grundlage der Demokratie, dem Referendum und Volkentscheid rütteln, wenn wir die Vorlage annehmen.

Die neue Vorlage belastet den einzelnen Wehrmann mit 173 Tagen auf 8 Jahre anstatt wie bisher mit 103 Tagen auf 10 Jahre. Durch die Verlegung der Lebungen auf jüngere Jahre erleidet die Gewerkschaftsbewegung großen Schaden, denn junge Leute werden bei beginnender Arbeitsunterbrechung in Folge Militärdienstes schneller entlassen, als unversehrte. Gerade diese sind die besten Klassenkämpfer. Auch enthält das Gesetz keine Bestimmung, die die patriotischen Herren Fabrikanten zwingt, während des Militärdienstes den Lohn auszusahlen, das können wir verlangen. Die Hindernisse, Offizier zu werden, sind für den Lubemittelten gestiegen und machen es dem Arbeiter unerschwinglich, trotz aller Demokratie.

Von dem mangelnden Verbot des Truppenaufgebots in Streikfällen will der Referent absehen, dies ist bereits zu gut bekannt, aber das neue Gesetz ist zugleich für zehntausende von Arbeitern und Angehörigen ein Haub des Koalitionsrechts. Bei jedem Truppenaufgebot können alle Arbeiter aller öffentlichen Beschäftigung unter Kriegsrecht gestellt werden. Es verfallen bei Verweigerung der Arbeit einem Gesetz, das völlig barbarisch und mittelalterlich ist. Diese Bestimmung kann eine furchtbare Waffe gegen das Proletariat werden, und wir würden der Regierung einen Manöverwechsel ausstellen, wenn wir für die Militärorganisation stimmen.

Weiterhin ist das Bundesbudget derart belastet, daß es bei Annahme der Militärorganisation keineswegs die Verdickeungs-gesetze durchführen kann, ohne zu neuen Steuern und Monopolen Zustucht zu nehmen. Da wir dies nicht wollen, verlangen wir zuerst soziale Reformgesetze, und dann erst ein demokratisches Militärorganisationsgesetz. Die jetzige Militärorganisation steht im Widerspruch mit unserer schweizerischen Demokratie, denn sie ist nichts als der Rahmen bundesräthlicher Militär- und ein Antikriegsgesetz. Sie vernichtet die soziale Wohlfahrt und dadurch Patriotismus und Vaterlandsiebe. Diese sind aber die Bedingungen einer schlagfertigen Armeekorps. Die neue Armeekorps bringt das nicht; darum sagen wir „Nein“ und geben sie ihren Schöpfern zurück. (Anhaltender Beifall.)

Nach Schluß der Mittagspause sollte die Diskussion beginnen. Rednerweise nahmen nur zwei Nedner das Wort. Der Pürder Regierungsrat Gen. Ernst sprach zugunsten der Vorlage, weil sie durch Ausdehnung der Dienstzeit viel zur gesundheitslichen Erziehung des Volkes beitragen wird. — (Ein recht merkwürdiges Argument proletarischer Politik! D. R.) Genosse Zühloh machte noch einmal auf die schweren finanziellen Folgen der Vorlage aufmerksam und — die Diskussion war zu Ende. Sie wurde wenig, ja fast gar nicht benutzt, weil die national gestimmten Genossen in der Auswahl ihres Referenten sehr glücklich waren. Die vom Genossen Brücklein in seinem Referat vorgeschlagene Stellungnahme der Partei, nämlich Stimmfreigabe ist zwar nicht nach dem Geschmack der gewerkschaftlichen und marxistischen Majorität, von den französischen Antimilitaristen ganz zu schweigen. Aber dieser Vorschlag Brückleins provozierte wenigstens nicht die proletarischen Gefühle der Majorität, und der erwartete Sturm auf der Majorität auf, die Brückleins blieb aus. Als der Antrag Brücklein zur Abstimmung kam, erhob nur ein kleiner Teil der Anwesenden die Hände. Im eigenen Interesse verzichteten die Brückleiner auf die Insgehung.

Nunmehr gelangte die Resolution Walter zur Abstimmung. In dieser empfindet der schweizerische sozialdemokratische Parteitag dem Volk, die Militärvorlage abzuweisen: Erstens, weil sie im Widerspruch mit der Verfassung, das Heerwesen zen-

realisiert und für tiefgreifende Erweiterungen dem Bundesrat freie Hand gibt; — es ist dies ein Rückschritt von der Demokratie durch Volksentscheidung zum Parlamentarismus. Zweitens, weil sie das große Heer der Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verkehrsanstalten in ihrem Vereins- und Streikrecht bedroht, und außerdem noch durch Schaffung einer Kluft zwischen Soldaten und Offizieren den Geist der Letzteren heranzüchtet. Und drittens, weil sie das Budget belastet, wodurch die Sozialreform gefährdet ist und den Wehrmann mit längerer Dienstzeit belastet, was den wirtschaftlich Schwachen, besonders den Lohnarbeitern schwere Opfer auferlegt. Für diese Resolution stimmten 201, dagegen 8 Delegierte.

Die Schweizer Sozialdemokratie empfiehlt dem Volke, die Militärvorlage abzuweisen. Wird das Schweizer Volk der Stimme der Arbeiterschaft folgen? Der Parteitag in Zug mit seinen zwar trotzen, aber ersten Defekten hat gezeigt, daß es wahrlich nicht Motive niedriger Vaterlandsliebe sind, die die Arbeiterschaft zwingen, gegen die Militärorganisation zu kämpfen. Die Wochen chaubinistischen Launen der herrschenden Partei in den nächsten Wochen werden vielleicht die ersten Töne des wahren proletarischen Patriotismus ungehört verfliegen lassen. Auf jeden Fall werden unsere Schweizer Genossen in nächster Zeit ihre Pflicht tun — das Vaterland zu retten; nicht vor den äußeren Feind, sondern vor den wahren inneren Feind: den Herrschaftsgelüsten der Kapitalistenclique.

Hus der Partei.

Schiedsgerichtsurteil.

Am Mittwoch, den 25. September, tagte in Berlin ein Schiedsgericht in Sachen Dr. M. Friedeberg. Dieses Schiedsgericht hat folgenden Spruch gefällt:

Der dritte Berliner Reichstagswahlkreis hat auf Grund der Erklärung, die Dr. M. Friedeberg in der Versammlung vom 17. Oktober 1906 abgab, und im Vorwärts vom 19. Oktober wiederholte, den Antrag auf dessen Ausschluss aus der Partei gestellt. In dieser Erklärung sagt Friedeberg:

„Dann habe ich zu erklären, daß ich nach wie vor auf dem Boden des von mir bisher vertretenen Anarchosozialismus stehe, daß ich demzufolge der Verwerfung des Parlamentarismus und des politischen Massenstreik, der ja innerhalb des heutigen Klassenstaates und innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus dem Proletariat parlamentarische Rechte sichern soll. Daß ich dagegen nach wie vor eintrete für die Propaganda der Geschlossenheit, der Religionslosigkeit, der Vaterlandslosigkeit und des Antimilitarismus. Daß ich nach wie vor eintrete für die direkte Aktion und den anarchosozialistischen Generalstreik, der unter Verwertung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse die Zertrümmerung der kapitalistischen Ordnung und die Beseitigung des Klassenstaates zum Endzweck hat.“

Das Schiedsgericht, bestehend aus den unterzeichneten Genossen, hat auf Grund dieser Erklärung die Ueberzeugung erlangt, daß der Anarchosozialismus, wie ihn M. Friedeberg auszusprechen, unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie.

Unser Programm erklärt, der Kampf der Arbeiterklasse sei ein politischer Kampf, ein Kampf zunächst um politische Rechte und dann um politische Macht. Diesen Kampf verwirft der Anarchosozialismus, denn er erklärt sich gegen den Parlamentarismus, d. h. gegen ein unter den gegebenen Verhältnissen unentbehrliches Mittel des politischen Kampfes. Er verwirft den politischen Massenstreik, weil er gedacht ist als ein Mittel, dem Proletariat parlamentarische Rechte zu sichern; und er predigt die Propaganda der Geschlossenheit, während die Sozialdemokratie die geschwebende Maschinerie erobern will, um die Gehebe im Interesse des Proletariats zu ändern.

Die Grundsätze des Anarchosozialismus sind tatsächlich Grundzüge des Anarchismus. Die Anarchisten haben sich dementsprechend auch eigene Organisationen geschaffen, die nicht nur von denen der Sozialdemokratie getrennt sind, sondern ihnen auch unverzüglich feindselig gegenüberstehen.

Wenn M. Friedeberg diese Grundsätze zu den seinen macht, hat er sich damit ohne weiteres außerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie gestellt. So sehr das Schiedsgericht seine Verdienste um das Proletariat und seine persönliche Ehrenhaftigkeit anerkennt und so sehr es bedauert, das verbindende Band mit ihm zerschneiden zu müssen, so muß es doch erklären, daß Friedeberg durch diese Erklärung aus der Sozialdemokratie zu sein und nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden kann.

Berlin, 25. September 1907.

G. Borgmann, Karl Wehrmann, Karl Maulsch, Otto Kräfer, C. Legien, Wilhelm Möbus, Artur Stadthagen.

Revolution in Rußland.

Unruhen in einem Gefängnis.

Aus Kuzjansk ist eine Meldung eingegangen, derzufolge in dem dortigen Gefängnis Unruhen entstanden sind. Ein Oberaufseher und fünf Kutscher wurden getötet. Die Gefängniswache mußte Feuer geben; vor Eintreffen einer Abteilung Infanterie war die Ruhe jedoch wieder hergestellt. Der Räubersführer der Gefangenen hatte sich in den Bodenraum geflüchtet, sich dort versteckt und das Gefängnis in Brand gesteckt. Die Sträflinge setzten ihren Widerstand fort, drei derselben wurden getötet. Der Brand konnte gelöscht werden.

Neue Delianten der Obesker Pogromleute.

Auf dem jüdischen Friedhofe in Odessa kam es am Dienstag neuerdings zu einem ersten Zusammenstoß zwischen den Angehörigen des Verbandes der russischen Leute und Juden, bei dem viele Juden verwundet worden sind. Einzelheiten fehlen noch.

Die russische Gerechtigkeit in Lody.

In den letzten Tagen hat sich in Lody ein abschließendes Drama abgespielt. Ein Fabrikbesitzer Silberstein wurde von einem Unbekannten ermordet, und nun wurde sofort die ganze Mordmaschine der russischen Regierung in Tätigkeit gesetzt.

Wenn die Pogromhelden Tausende von Personen getötet haben, so werden sie entweder gar nicht angefaßt oder bestraft. . . . Wenn es aber heißt, den Kampf gegen die Revolutionäre im Interesse der Fabrikanten zu führen, dann gibt es keine Gnade, dann werden 1000 Personen verhaftet, über 300 nach Sibirien verschickt, acht Personen ermordet und fünf Kontorbeamte haben noch dazu 15000 Rubel als Strafe zu zahlen. Damit soll die Notwendigkeit einer starken Regierung bewiesen sein. Der Eifer der Regierungsbeamten läßt aber den Verdacht aufkommen, als ob die Regierungsagenten selbst den Mord Silbersteins begangen haben.

Französischer Metallarbeiterkongreß.

Jr. Vom 18. bis zum 21. September hielt der französische Metallarbeiterverband in Paris seinen 18. Kongreß ab. Mehr noch als seine Verhandlungen selbst interessiert der Reichsentscheidungsbericht für die abgelaufene Periode 1905—1907. Die Organisation ist nicht nur eine der bedeutendsten Frankreichs, sondern gilt auch gewissermaßen als musterhaft für die revolutionäre, syndikalistische Taktik. Der Bericht umfaßt die Periode, in der die Aufstrebungsbewegung vom 1. Mai 1906 fiel, die nach den Organisationen der Buchdrucker und Lithographen den Metallarbeiterverband am meisten in Mitleidenschaft zog. Nach der Statistik waren an den Streiks im den Aufstrebungsbewegung 31148 Metallarbeiter beteiligt, soweit der Verband selbst und nicht andere Organisationen der Metallindustrie in Betracht kommen. Von den 40 Streiks forderten nur 18 den Aufstrebungsbewegung, die sämtlich

erfolgslos verliefen. Von den andern Streiks waren fünf voll und 17 teilweise erfolgreich. Der Misserfolg der Bewegung tritt jedoch noch deutlicher in der Mitgliederbewegung zutage. Durch die Bewegung vom 1. Mai verlor die Organisation nicht weniger als 7000 Mitglieder, so daß sie heute, trotz der eifrigsten Agitation, nicht mehr Mitglieder zählt als vor zwei Jahren, nämlich 14000. In der Tat dürfte die effektive Mitgliederzahl heute geringer sein als vor zwei Jahren, da durch die nach ausländischen Muster inszenierten angenommenen administrative Reorganisation — Einführung von Verbandsmitgliedsbüchern usw. — erst eine genaue Kontrolle über die Mitglieder möglich geworden ist. Am bedauerlichsten bei diesen Verlusten ist, daß dadurch der kaum erschlossene Industrie-reiche Osten — das französische „Saarabien“ — wieder verloren ging. Der abgelaufene Kongreß hob deshalb auch das für den Osten geschaffene Sekretariat wieder auf. Der Sekretär des Verbandes, Latapie, schreibt über die Bewegung in seinem Bericht: „Diese Aktion — was auch einleiten mögen — war eine gute Lehre für die Arbeiterklasse. Sie zieht heute daraus die Konsequenzen und bereitet sich auf die künftigen Kämpfe mit mehr Ruhe und einem tieferen Bewußtsein vor. Die Sprünge und jähen Empörungen von früher elektrifiziert sie nicht mehr, denn sie weiß, daß sie gegen einen starken Gegner zu kämpfen hat. . . . Die Arbeiter sind sich endlich bewußt geworden, daß sie aus der großen endgültigen Schlacht (sic!), die wir zu liefern haben, nur siegreich hervorgehen werden, wenn eine reifliche Ueberlegung, eine tiefe Ueberzeugung und eine Energie, die allen Proben standhält, in den Hirnen und die nötigen Munitionen in den Händen der großen Masse, oder besser gesagt, einer starken Minorität sein werden.“ — Das klingt schon etwas anders, als vor dem 1. Mai 1906, wo man glaubte, oder glauben machte, daß der Aufstrebungsbewegung ganz einfach ererlet werde dadurch, daß die Arbeiter nach achtstündiger Arbeitszeit die Werkstätten verlassen. Die Gesamtzahl der Streiks in der abgelaufenen Periode betrug 114 (1903—1905, 60) mit 70603 (10702) Beteiligten; davon waren nur 14786 (4500) organisiert. Vollen Erfolg hatten 22 (27), teilweise erfolgreich waren 59 (25) und erfolglos blieben 80 (8). Das ungünstige Resultat ist einzig auf Rechnung der verunglückten Aufstrebungsbewegung zu schreiben. Die Verbandsmaßnahmen betragen 113199 Frank, davon 92688 Frank aus Beiträgen. Die Ausgaben beliefen sich auf 106826 Frank. An Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, eine Einrichtung, die erst seit 1. Januar 1905 in Kraft ist, wurden 57677 Frank ausgegeben. — Besonders markant tritt in dem Bericht hervor, daß diese revolutionäre Arbeiterorganisation sehr wider ihren Willen gezwungen ist, Vorkehrungen gegen plötzliche Streiks zu treffen, die sonst von den Syndikatsmitgliedern verworfen werden. Trotz des großen Aufschwungs, den die Metallindustrie während der letzten Jahre in Frankreich genommen hat, ist es nicht gelungen, die Arbeiter in großer Zahl zu organisieren. Man mußte sich darauf beschränken, die durch die Aufstrebungsbewegung geschlagenen Verbände zu helfen. Das ist nur teilweise gelungen. Während in der Periode 1903—1905, 92 Syndikate sich der Organisation angeschlossen und 27 eingezogen, schlossen sich in der abgelaufenen Periode nur 64 Syndikate an und 72 mußten gestrichen werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die wirklichen Gegner der Sozialgesetzgebung.

Die armen Tintenflaven der bürgerlichen Presse müssen ihren Lesern nun seit Jahrzehnten erzählen, die einzige wirkliche Gegnerin der Sozialgesetzgebung sei die Sozialdemokratie. In den letzten Jahren wurde dieser Text noch dahin erweitert, daß gesagt wurde, die Sozialdemokratie verhinere auch den Fortschritt der Sozialgesetzgebung. Obwohl nun die ganze praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie eine einzige Widerlegung dieser Behauptung und dies auch allgemein bekannt ist, ebenso wie die Tatsache, daß die Entstehung der Sozialgesetzgebung nur der Sozialdemokratie zu danken ist, fahren die bürgerlichen Blätter aus agitatorisch-verleumderischen Gründen fort, ihre verlogenen Behauptungen zu wiederholen. Nun ist ja die Sache aus dem tragischen ins humoristische Gebiet gerückt, seit das Unternehmertum auf all seinen Zusammenkünften ganz offen gegen die Sozialgesetzgebung Sturm läßt. So kann man jetzt in bürgerlichen Blättern dicht nebeneinander Notizen lesen, worin in der einen der Sozialdemokratie vorgeworfen wird, Gegnerin der Sozialgesetzgebung zu sein, und in der andern, daß der und der Unternehmerverband beschloffen hat, gegen die Sozialgesetzgebung vorzugehen, damit die Schutzgesetze für Arbeiter nach den Unternehmerwünschen geändert werde. Verständen diese armen bürgerlichen Tintenflaven überhaupt etwas mehr von den sozialen Kämpfen, könnten ihnen solche Schnitzer nicht unterlaufen, so aber wird gedruckt, was ihnen unter die Finger kommt, wenn es nur den Schein erweckt, als ließe sich damit gegen die Arbeiterbewegung kämpfen.

Ist nun aber nach den Angaben der bürgerlichen Blätter die Sozialdemokratie Gegnerin der Sozialgesetzgebung, und sind nach ihrem eignen Geständnis und nach ihren eignen Beschlüssen auch die Unternehmer Gegner derselben; wer ist denn nun da ihr Freund und Anhänger? Etwa die Regierung? O nein, auch diese zeigen bei jeder Gelegenheit, daß sie Gegner der Sozialgesetzgebung sind. So wird man bei näherem Zusehen wahrnehmen, daß die einzige wahre Freundin und Befürworterin der Sozialgesetzgebung die Sozialdemokratie ist. Jeden Tag kann deren Presse Material für die Gegnerschaft der Unternehmer gegen die Sozialgesetzgebung beibringen, gutes, unanfechtbares Material.

Das Unternehmertum selbst solcher Verufe, wo das Eingreifen durch die Sozialgesetzgebung unter allen Umständen notwendig ist, um die darin beschäftigten Lohnflaven ihr Recht etwas zu lockern, ist — freimütig genug, seine offene Gegnerschaft gegen die Sozialgesetzgebung zu bekunden. So ist auf der Generalversammlung des internationalen Hotelbesitzervereins in Lübeck dieser Tage nach einem Referat beschloffen worden, eine Revision der Bundesratsverordnung über die Ruhezeit der Angestellten im Gastwirtsgeerbe zu verlangen, natürlich im reaktionären Sinne.

Wer nun die winzigen Schutzbestimmungen dieser Bundesratsverordnung kennt, kann dieses dreiste Verlangen erst richtig würdigen.

gt. Wieder ein gelber Verein. Seit dem letzten großen Kampf in der bayerischen Metallindustrie zitiert bekanntlich im Augsburger Werk der Maschinenbauaktiengesellschaft Nürnberg und Vereinigte Maschinenfabriken Augsburg eine Gewerkschaft der Gelben, deren Taten schon mehr als einmal weit über die weisbäulichen Grenzpfähle hinausgedrungen sind. Das Nürnberger Werk blieb bisher von derartigen Verstorungen verschont, aber jetzt sind auch dort strebame Leute aufgetaucht, die sich durch Gründung eines gelben Vereins bei der Direktion einschmeicheln wollen. Eine Anzahl Beamte, Werkmeister und Arbeiter des Werks haben durch Karten zu einer Werkstättenversammlung eingeladen und den Erschienenen ein Statut einer gelben Vereinigung für und fertig vorgelegt. Das Vereinchen führt den harmlosen Titel Wohnungs- und Wohlfahrtsverein, und unter seinem Jochen findet man aufgezählt: wirtschaftliche Vorteile aller Art, wie Vermittlung billiger Wohnungen, Bildung einer Genossenschaft aus Vereinsmitgliedern zum Zwecke der Erwerbung und Errichtung eigener Wohnhäuser, Unterstützung erkrankter und bedürftiger Mitglieder und deren Angehöriger, Erwirkung der Gewährung von höherem Zins und besonders Bräunien auf die Sparanlagen, die durch den Verein bei der Gesellschaft gemacht werden usw. Jede Politik ist ausgeschlossen. — Somit nun die Sache ziemlich harmlos, aber

bei den Bestimmungen über die Aufnahmeberechtigung kommt schon der gelbe Pferdefuß ganz verständig zum Vorschein. Wer nämlich die Segnungen des gelben Vereins genießen will, darf „keinem andern, ähnliche Zwecke verfolgenden Verein angehören“, er darf also nicht Mitglied einer Gewerkschaft, einer Krankenkasse, des Konsumvereins usw. sein. Die Mitglieder sind zu völliger Rechtlosigkeit verdammt. In den Versammlungen dürfen sie nur die Berichte entgegennehmen und die Vorstandschaft usw. wählen, zu beschließen haben sie nichts, alle Geschäfte besorgt der Vorstand aus eigener Machtvollkommenheit. Wirklich eine nette Gründung, die allerdings nicht weit über den Kreis der Macher hinauswachsen wird, denn in Nürnberg ist kein Boden für derartige Sumpfpflanzen.

S. Aus den Särens der Kapitalisten und ihrer Werkzeuge. Ein Arbeiter einer Spinnerei in Augsburg hatte gegen einen „gelben“ Meister der Fabrik den Vorwurf erhoben, dieser habe sich den ihm unterstellten Frauen in der Fabrik gegenüber Schamlos benommen. Der Meister besah die Unverfrorenheit, den Arbeiter zu verklagen. Nach durchgeführtem Wahrheitsbeweis erfolgte die glatte Freisprechung des Arbeiters. Sämtliche Kosten hat der Kläger zu tragen. Dieser Ehrenmann bleibt nach wie vor „Vorgefahreter“ der Arbeiter!

Gewerkschaftliche Erfolge der Bühnenarbeiter. Bekanntlich gibt es im Theatergewerbe keine gesetzlichen Ruhetage. Sonntagsruhe ist ebenfalls ausgeschlossen, so daß bis auf den heutigen Tag alle Theaterdirektoren den Grundfab: „Sechs Tage sollst du arbeiten und den siebten ruhen“ in jeder Weise mißachteten. Mit der Erstarbung der Organisation des technischen Bühnenpersonals in Hamburg war es im Laufe der letzten Jahre schon möglich, in finanzieller und moralischer Beziehung manche Vorteile zu erreichen. Auf eine Eingabe hin ist am Stadttheater und am Thalia-Theater dort jetzt jeder zwölfte Tag abwechselnd als Ruhetag freigegeben. Dergleichen wurden die Monatsgagen um 10 M. erhöht. Eine ähnliche Eingabe ist auch der Direktion des Deutschen Schauspielhauses eingereicht worden.

Die sämtlichen Wäcker und Kutscher der Elberfelder Brotfabrik, ehemals Dender, etwa 200 Personen streiken, seit dem letzten Montag, weil ein unorganisierter Kutscher eingestellt werden sollte. Als darauf sämtliche Kutscher die Arbeit niederlegten, sollte ein Wäckergebülde Kutscherdienste verrichten, die er aber verweigerte. Daraufhin wurde ihm gekündigt. Die übrigen Arbeiter erklärten sich nun mit ihm solidarisch und legten sofort die Arbeit nieder. Die Aufständigen fordern vor allen Dingen die sofortige Entlassung des unorganisierten Kutschers.

Sämtliche organisierten Kutscher und Arbeiterinnen in Elberfeld haben nach dem Erfurter Anzeiger gekündigt; wonach, wenn es zum Ausstand kommt, 400 Personen streiken würden.

Die Hüttenarbeiter in Berviers, etwa 1000 an der Zahl, haben den Generalstreik erklärt. Man rechnet damit, daß auch in anderen Betrieben die Arbeit eingestellt werden wird.

Die Machtlosigkeit der Behörden bei der Unterstüfung von Arbeiterforderungen zeigt sich wieder einmal recht deutlich bei dem eben behandelten Hafenarbeiterausstand in Antwerpen. Die Arbeiter gingen bekanntlich auf den Vermittlungsvorschlag des dortigen Bürgermeisters ein, die Arbeit zu den alten Bedingungen aufzunehmen, dann sollten innerhalb von acht Tagen die fremden Kautschek einfließen werden und in vierzehn Tagen eine Lohnhöhung eintreten, und nun erklärt der Vetter der Unternehmerorganisation: die Arbeiter könnten die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen, irgend ein Zugeständnis werde ihnen von der Föderation marxismo nicht gemacht, die Arbeiter würden vielmehr gezwungen werden, sich dem Willen der Föderation marxismo zu unterwerfen; die Führer der Ausstandsbewegung würden nicht wieder eingestellt werden. Daß diese Erklärung im Hafengebiet große Erregung hervorgerufen hat, ist selbstverständlich. Die Herren Unternehmer lassen sich eben auch nicht von Behörden in ihren Herrschaftsgelüsten füren. Sie diktiert und alles hat zu gehorchen.

Wenn nun der Kampf aufs neue ausbricht, wird die bürgerliche Presse aller Schattierungen trotzdem versuchen, die Arbeiter ins Unrecht zu setzen.

Von Nah und Fern.

Ueber Schwemmung und Hungersnot in Malaga.

Madrid, 25. September. Nach antlichen Meldungen haben die Ueberflussschwemmungen bei Malaga schreckliche Verwüstungen angerichtet. Es sind bisher 10 Leichen geborgen, die Opfer sollen zahlreich sein. Eine Reihe von Häusern, Straßen und Brücken sind zerstört. Die Fluten erreichten eine Höhe von zwei Metern. Man befürchtet eine Hungersnot. Die Behörden organisieren die Verteilung von Lebensmitteln.

Fest und Boden.

Wien, 25. September. In der letzten Woche sind drei neue Fälle von Blatternkrankungen aufgetreten; an fünf Tagen sind überhaupt keine Neuerkrankungen vorgekommen. Die Gesamtzahl der Erkrankungen seit Anfang Januar beträgt 142.

Porteerb, 25. September. Hier sind vier neue Fälle von Bubonepest festgestellt worden.

Gräfin Montignoso.

London, 26. September. Die Gräfin Montignoso, die frühere Kronprinzessin von Sachsen, macht wieder von sich reden. Nach einer Heroldmeldung aus London hat sie gestern dem italienischen Pianisten Toselli, der ihre Klavierunterricht erteilte, die Hand zum Ehebunde gereicht.

Wieder ein Bergarbeiterunfall.

Attendorf a. b. Ruhr, 25. September. Auf der Fache Charlotte ist heute ein Förderseil; drei Arbeiter stürzten in die Tiefe. Alle drei waren sofort tot.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Johannesburg, 26. September. Der Aufstand der Afrikaner in dem Bergwerk Witwatersrand brach infolge der Beschlüsse aus, die Arbeiter, die eigentlich in die Heimat zurückgeschickt werden sollten, die durch unerschuldigte Versäumnis verlorne Arbeit nachholen zu lassen. Die Polizei gab eine Salve ab, durch die 15 Arbeiter verwundet wurden.

Telephonische Meldungen der Leipziger Volkszeitung.

Geithain, 26. September. Rechtsanwält Böhnel (nat.-lib.) durch das Los gewählt. Inre Wähler haben die ausgegebene Parole befolgt.

Chemnitz, 26. September. Deuter (kons.) 1 Stimme; Kidelhahn (nat.-lib.) 135 Stimmen; Berger (Soz.) 66 Stimmen. Gewählt Kidelhahn.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Wendel in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedr. Bitter in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig

Freitag, den 27. September, abends 7/9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Etablissement Selskeller, Plagwitz, Karl-Heine-Strasse.

Tagesordnung: 1. Der neue Kurs. Referent: Genosse R. Drescher, Halle. 2. Diskussion. 3. Bericht der Bürgerrechtserwerbungscommission und Neuwahl derselben. 4. Vereinsangelegenheiten. [23528]

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Markranstädt.

Freitag, den 27. September, abends 7/9 Uhr [23601]

Grosse öffentliche Volks-Versammlung

im Saale des Stadtgarten.

Tagesordnung: 1. Sozialdemokratie und Kunst. 2. Diskussion.

Referent: Genosse Pfarrer Eduard Rieber, Dresden.

Einem recht zahlreichen Besuch sieht entgegen

Der Einberufer.

Transportarbeiter.

Morgen Freitag, den 27. September, abends 7/9 Uhr

Mitglieder - Versammlung

im großen Saale des Volkshauses.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Amerikanische Arbeitsverhältnisse. Referent: Redakteur Genosse Wendel. 2. Mitteilungen der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. [23644]

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Verbandsleitung.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Büreauzeit: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr. Telefon 3784. [19601]

Heizungsmonteuere u. Helfer.

Sonnabend, den 28. September, öffentliche Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. [23532]

Glaser.

Sonnabend, 28. September abends 7/9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Gartenla. Tagesordnung: 1. Stellung von Anträgen zur Konferenz im Giebel am 10. November und Wahl der Delegierten. 2. Sitzungsfest und Wahl eines Festkomitees. 3. Bericht der Bauarbeiterkommission. 4. Gewerkschaftliches. Guten Besuch erwartet [23580]

Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Leipzig-West

Sonntag, 29. September, im Goldenen Adler, Angerstr.

Rekruten-Abschied

verb. mit humorist. Abend-Unterhaltung u. Ball. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 8/6 Uhr. - Freunde und Gönner der freien Turnerschaft sind herzlich willkommen. Der Turnrat.

Gasthof Neustadt

Goldner Saal.

Morgen Freitag, abends 8 Uhr

65. Willy Wolf-Spezial-Konzert

unter persönlicher Leitung des Herrn Willy Wolf. II. a.: Das Glöckchen des Eremiten, Der Maskenball, Donaubilder, Vellechenmäd. u. a. m.

Hierauf Wiener Ball

Feinster Freitag-Ball Leipzigs. Morgen Sonnabend: Rekruten-Abschied des Neustädter Turnvereins. Gäste willk.

Grüne Schänke

L.-Anger. Telefon 3945.

Morgen Freitag, abends 8 Uhr

Grosses Extra-Konzert

(Militär-Musik) ausgef. v. Leipziger Concordia-Orchester (Bertram)

Nachdem: Feiner Ball.

Sonnabend, 28. Sept. Herbst-Vergnügen des Männer-Turnvereins L.-Anger-Sellerhauken. Karl Jakob.

Hellwigs Restaurant, Lükowstr. 7.

Bringe meine freundlichen Beschlüssen, neu renoviert, in empfehlende Erinnerung. Gut gekochte Biere (Burghausener) und Reichelbräu-Gute-Küche. [23247] Achtungsvoll Hermann Hellwig.

Deutsch. Krank.-Unterstützungs-Verein zu Leipzig (E. S. Nr. 149). Ausserord. General-Versammlung findet am 14. Oktober 07, abends 8 Uhr, im Zivoll (Rosenfäde), Windmühlensstrasse 14/16 statt. Tagesordnung: 1. Aenderung des § 18, Abs. 2 u. 3, der Statuten. 2. Wahl des Vorstehenden u. d. Stellvertret. Vorstehend. 3. Festleg. d. Gehaltess. Der geschäftsführende Vorstand. Derjog. Lang.

Kleinzschocher Dieskaustrasse 63 Robert Seidel

empfiehlt zu billigsten Preisen: Kolonialwaren Kaffee, Weine, Zigarren ff. Röst-Kaffees [23581] von 1 Mk. an per Pfund ff. holländ. Kakao von 1.60 Mk. an p. Pfund ff. Hafer-Kakao von 1.20 Mk. an p. Pfund best. Ertrag f. 80 per Margarine Tafel-Butter ff. Weizenmehl 00, 5 Pfd. 75 d 10 Prozent Rabatt.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empf. viel. Aerzten u. Prof. gratis u. frk. H. Unger. Gummiwarenfabrik, Berlin N.W., Friedrichstr. 91/92

Etablissement Sanssouci

Freitag, den 27. September d. J. [23593]

Zwei grosse

Projektions-Vorträge.

I. Die Reise von Luzern über die Alpen nach Rom. In 80 künstlerisch kolorierten Nischenbildern, II. Die Gemälde aus dem Louvre in Paris. In 40 Kunst-Prachtgemälden, genau den Originalen entsprechend. Zum Schluß:

Grösste Sehenswürdigkeit! Wichtigste Erfindung auf dem Gebiete der Photographie:

Die Photographie in natürlichen Farben

Anfang für Schüler 5/4 Uhr für Erwachsene 9/8 Uhr. Eintritt 1. Platz 20 d, 2. Platz 10 d Eintritt 30 d Paul Kleys, Institut für wissenschaftl. Photogr. f. Projektion.

Schloss Lindenfels

Morgen Freitagsball

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen u. Gewerkschaftler!

Kontrolliert die Euch bedienenden Gastwirtsgehilfen sowie das Küchpersonal bei Versammlungen, Vergnügen sowie in Garen Stammtisch, ob dieselben organisiert sind. Unsere Mitglieder sind angewiesen, ihre Kontrollkarten, welche in diesem Quartal weiß mit rotem Aufdruck sind, bereitwillig vorzulegen. Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen, Nordstr. 24, pt. 21894] Telefon 5044.

Morgenröte, Hauptmannstr. 7.

Empfehle meine frbl. Spezialitäten, Gesellschaftstimm., 30-40 Verl. Fass. Gutgepfl. Biere. Kraft. Mittagstisch. Hochachtungsvoll Paul Meyer.

Restaurant Thomaskirchhof 4

empfiehlt sein Lokal den werten Gästen. [17809] G. Stimmel.

P. P.

Einer geehrten Einwohnerschaft von L.-Thonberg und Umgegend die höf. Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage das

Restaurant z. Post

Reitzenhainer Strasse 50

von Herrn Georg Quaddorf käuflich übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meinen mich bedienenden Gästen mit guten Speisen und Getränken zu dienen und bitte um gütigen Zuspruch. Zum Ausklang bleibt das bisherige ff. helle Liebes-Lager, sowie echtes Bayerisch (Münchshof) vom Fass. Jeden Freitag findet Schlachtfest statt. Sonntags Spektakel. Abends Schinken in Brotzeit. Verkauf auch außer dem Hause. Hochachtungsvoll Alexander Sommer.

Wo?

spielt die Clownkapelle Eugène Pesteure mit dem Cousin Richard? [23610]

In den Sängersallen zu Kleinzschocher Freitag, Sonnabend, Sonntag. - Ergebnis ladet ein E. Müller.

MASSIV GOLD OHNE LÖTLÜGE
TRAURINGE
DAS PAAR VON 10 - 50 MK
An Haltbarkeit unübertrffen
Hermann Schwarz
Universitätsstr. 3
MODERNE FORMEN
GRABUNG GRATIS
Mersburger Strasse 99.
L.-Lindenau.

Machen Sie kurzen Prozess

und kaufen Sie schon jetzt die nötigen Möbelstücke, welche Sie zum event. Umzug brauchen. Jetzt ist das Lager in allen Arten Möbeln sortiert und haben Sie die grösste Auswahl, auch wenn Sie die Sachen nicht gleich brauchen, können dieselben kostenlos bei mir in Aufbewahrung bleiben. Prüfen Sie die Offerte und Sie werden finden, dass Sie bei mir vorteilhaft und gut kaufen, das beweist das langjährige Bestehen meines grossen Etablissements.

Auf Kredit erhalten Sie:

Spezialität

1 Zimmer Anz. 6 Mk., Abzahl. 1.00 Mk.
2 Zimmer Anz. 12 Mk., Abzahl. 1.50 Mk.
3 Zimmer Anz. 20 Mk., Abzahl. 2.00 Mk.

Bessere Zimmer nach Uebereinkunft.

Einz. Möbelstücke Anz. v. 2.00 Mk. an.

Herren- und Knaben-Anzüge, Ueberzieher. Für Damen: Krage, Jacketts Kleiderstoffe, Bettzeuge, Tischdecken Teppiche, Gardinen Uhren, Regulatoren und Kinderwagen.

Anzahlung 2 Mk. Abzahlung 1 von 2 an pro Woche 1 Mk. im Waren-Kreditgeschäft I. Ranges [21533]

S. Osswald

Königsplatz 7, I., II. u. III. Etage. gegenüber der Markthalle.

Familienanzeigen.

Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben [23629]

Martha

sagen allen denen, die den Sarg so reich mit Blumen schmückten, unsern herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterblieb. Familie Müller, Bösdorf.

Dank.

Der verehrt. Direktion u. dem Personal der Leipz. Schnellpressenfabrik Schmers, Berner u. Stein für gütige Unterstützung anlässlich des Begräbnisses meiner lieben Frau sage herzlichsten Dank. [23641] Paul Gerlach.

Für die überaus liebevolle und zahlreiche Teilnahme bei dem Hinscheiden meines herzensguten Mannes, unseres lieben Vaters, Sohnes und Bruders, Schwiegersohnes und Schwagers, Neffen und Cousins

Albin Ruschelau

sage ich allen hierdurch herzlichsten Dank. Insbesondere Dank allen lieben Verwandten und Bekannten sowie meinen werten Kollegen, dem deutschen Metallarbeiterverband und allen, die ihn zur letzten Ruhestätte begleitet haben. Leusch. Frau verw. Ruschelau und Kind im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. [23626]

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß Dienstag, nachts 3 Uhr, mein herzensguter Mann, unser guter, treuerhender Vater Louis Dippmann im Alter von 39 Jahren verstorben ist. Dies zehrt tiefbetriibt an

L.-Plagwitz, den 24. September 1907 [23620] Marie verw. Dippmann nebst Kindern.

Beerdig. Freitag, vorm. 12 Uhr, v. d. Leichenhalle Plagwitz aus.

Allen Verwandten und Freunden zelt tiefbetriibt an, daß am 24. September, abends, meine herzensgute Frau, unsere liebe Mutter und Großmutter, Emilie Riedrich geb. Luft, von langen, schwerem Leiden erlöst wurde.

L.-Connewitz, Zwenkauer Strasse 8. Der trauernde Gatte Hermann Riedrich und Kinder.

Die Beerdigung findet Sonnabend, mittags 1/2 1 Uhr, von der Leichenhalle des Connewitzer Friedhofes aus statt.

Dienstag mittag verschied durch Unglücksfall unser lieber Kollege [23587]

Bernhard Seifert.

Sein gerechter Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken.

L.-Wahren, den 26. September 1907.

Die Arbeiterschaft der Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik W. v. Pittler, A. G.

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratischer Patriotismus.

Die bürgerliche Presse tut sich wieder mal eine Güte. Sünden weit in Ostpreußen an der Barbarenkreuz hat Wilhelm II. seiner gewohnten Tätigkeit geschuldigt und ein Denkmal enthüllt. Das ist schon lange keine Sache mehr, an der das deutsche Volk einen inneren Anteil nimmt. Das tote, höflich-kalte Schaugepränge, das bei derartigen Gelegenheiten enthüllt wird, läßt es kühl bis ans Herz hinan, und die monotonen Beteuerungen eines hün-

den aufrechten Charakter von diesen „Festlichkeiten“ verachtet. Auch diesmal war es nicht anders; obwohl es sich in Memel um die Enthüllung eines „Nationaldenkmal“ handelte. Unser Königsberger Parteiblatt erwarb sich ein Verdienst, indem es der Rede die Schelle umging und auf Grund unanfechtbaren geschichtlichen Materials offen darlegte, was es mit diesem „Nationaldenkmal“ auf sich habe. Das ist nun der bürgerlichen Presse erst auf die Nerven gefallen, was man schließlich begreifen wird. In demselben Augenblick, wo man Friedrich Wilhelm III. und seine heilige Luise als schmerzgebeugte Patrioten dem Volke vorführt, an die geschichtlichen Tatsachen erinnert zu werden, daran nämlich, daß dieser würdige König der verachtete Monarch seiner Zeit war, der, während Napoleon und der Zar auf dem historischen Hof im Memelstrom unterhandelten, mit ängstlicher Laienmiene im strömenden Regen in schmutziger Uniform am Ufer wartete in der Bettlerhoffnung, vielleicht doch noch Gnade zu finden vor Napoleon und vor dem Gefürchteten erscheinen zu dürfen — eine Hoffnung, die ihn schließlich trotz —, daran erinnert zu werden, daß die heilige Luise, die „eitle intrigante Person“, wie Humboldt sie nannte, mit allen Künsten der Hofetierie am 4. Juli 1807 den siegreichen Landesfeind einzufangen suchte, den sie öffentlich verflucht und der sie dafür mit einigen Lagerweihen traktiert hatte, das muß ohne Frage sehr peinlich und sehr feststehend sein. Und in dieser unangenehmen Situation weiß sich die bürgerliche Presse nicht anders als durch den bläuen Trick zu helfen, Feter und Mordio über die „Hohheit“ zu schreiben, mit der man das Memeler „Nationaldenkmal“ eine Schandsäule genannt hat, wodurch die deutsche Sozialdemokratie wieder einmal ihre vaterlandslöse Bestimmung offenbart habe.

Deutsches Reich.

Althoff.

Althoff geht, und Freude herrscht im liberalen Israel! Dieser Tage hörte man schon hier und da in der Presse murren, daß er am 1. Oktober seinen Ministerialdirektorposten im Kultusministerium einem andern überlassen werde, und heute wird gemeldet, daß tatsächlich Althoffs Abschiedsgesuch zu dem genannten Datum bewilligt ist. Für die Liberalen war Althoff mehr noch als Stütze selber der schwarze Mann, denn er galt als die eigentliche reaktionäre Seele des Ministeriums, in dem Stuhl tanzte, wie Althoff piff. Nun braucht, was den Liberalen ein Schenel ist, uns kein Groll zu sein, und ohne den reaktionären Wesens Kern dieses Mannes zu verkennen, kann man ruhig konstatieren, daß er sympathischer wirkte als die Professoren, die unter seiner Krone saßen, aber sich willig unter seine Krone duckten. Wenn sich Althoff Stückchen leisten konnte, die an die Kabinettsjustiz des alten Preußen erinnerten, wie jene Marburger Strafprofessur — die würdigen Berichten der Marburger Universität laien eines Morgens eine Anzeige, in der ein Hallenser Professor in Marburg eine Wohnung suchte, und erfahren erst auf diesem immerhin ungewöhnlichen Wege, daß sie einen neuen Kollegen erhalten! —, so wußte der Ministerialdirektor recht gut, wenn er solche Stückchen bieten konnte. Er kannte seine Pappenheimer, von denen heute nicht einer auch nur einen Hauch vom mannhaften Geiste der Göttinger Sieben verpörrt hat, sondern die alle in den Anzügen jenes Hochschullehrers wandeln, der kabinetslind die Universitäten als die geistige Leibgarde der Hohenzollern ansprach. Professor Sombart, der es wissen muß, hat es ja unlängst ausgesprochen: zu glauben, die Universitäten seien heute so, weil sie Althoff dazu gemacht habe, ist kindlich. Althoff habe nichts anderes tun können, als die im stillen vollzogene Wandlung der Verhältnisse äußerlich zur Anerkennung zu bringen. Wenn er die Pro-

fessoren wie Schuypter behandelte, so darun, weil er erkannte, daß ein Schuypter innerer Würde nicht so bar ist wie die Mehrzahl der deutschen Hochschullehrer. Er wußte genau, daß die Universitäten den Althoff haben, den sie verdienen. Gewiß war Althoff ein Schädling, und man tut ihm nicht zuviel, wenn man auf ihn die Worte anwendet, die Treitschke dem scheidenden irreaktionären preussischen Kultusminister v. Müller nachrief: „Wohlmeinend, aber beherricht von den Vorstellungen burzunkralistischer Allgewalt, hat er im Schulwesen die Rechtsgrundröße geradezu untergraben, ohne sich der Rechtsverletzung auch nur bewußt zu werden.“ Womit nicht angedeutet werden soll, daß Althoff unter ähnlichen Umständen über Bord geht wie Müller, der dem kulturfampflüsternden Liberalismus geopfert und durch den „Kulturkämpfer“ Falf erriet wurde. Der Nachfolger Althoffs wird denselben Faden weiter spinnen, wie auch der Nachfolger Stüdtz zu keiner andern Nummer geriffen hat.

Das liegt in der Natur der Dinge, die Sombart an der erwähnten Stelle dargelegt hat. Auch auf die Frage, was kommen werde, wenn Althoff geht, hat derselbe Professor die Antwort schon gegeben: „Es gibt wirklich Leute, die glauben, die Professorenschaft werde sich dann emporkriechen zur Mannesgröße wie der Eichbaum, wenn der Sturm über ihn hinwegbraust ist; die glauben, die Universitäten werden von Sternen erster Größe bevölkert werden. Du meine Güte!“

Das Reichvereinsgesetz als Konfliktstoff.

Als Herr Wiemer auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei allerlei schöne Dinge von dem wunderbaren Liberalismus erzählte, der allenthalben bei dem kommenden Reichvereinsgesetz zu spüren sein werde, gaben ihm zunächst drei Parteifreunde aus Koburg die rechte Antwort darauf. Sie stimmten nämlich gegen eine Resolution, die sich für ein Reichvereinsgesetz aussprach, — aus der begründeten Furcht heraus, daß es ihnen in Koburg mit seinem freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht nur Verächtlichkeiten bringen könnte. Kurz darauf brachte auch das Berliner Tageblatt die Mitteilung, das neue Gesetz werde eine Bestimmung enthalten, die nur noch in Sachsen besteht: das Präventivverbot, nach dem jede Versammlung „aus Gründen öffentlicher Sicherheit“ schon vorher verboten werden kann.

Und so regt sich denn auch schon in Süddeutschland! Wie das Reichvereinsgesetz auch aussehen mag, wie groß auch die Konzessionen an Kämpf und Wiemer und Fischel sein mögen — den süddeutschen Staaten müssen ihre Landesgesetze lieber sein. Zunächst wird der Landesausführer der württembergischen Volkspartei auf dem Parteitag der Süddeutschen Volkspartei in Konstanz eine Resolution vorlegen, nach der die Forderung der deutschen Volkspartei den Reichstag ersucht, bei der kommenden Beratung eines deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzes in Uebereinstimmung mit dem Programm der Volkspartei jeder Verächtlichmachung des bisherigen württembergischen Zustandes entgegenzutreten, vielmehr dahin zu wirken, daß die in Württemberg bestehende Ordnung auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt werde.

Es ist klar, daß man sich gegen diese Forderung von den Junkern bis in die Reihen der Freisinnigen hinein sträuben wird. In Württemberg besteht fast gar keine Beschränkung von Vereinen und Versammlungen, und das ist selbst „liberalen“ Mannesleuten ein Schenel und Groll. Den guten deutschen Volksparteilern wird, falls sie jene Resolution annehmen, nichts übrig bleiben, als den intinkten Bundesbrüdern den Krieg anzujagen, — oder demütig das Knie zu beugen.

Eine augenagelte Lügenbande.

Vor einigen Tagen schlug die sogenannte nationale Presse die Enttäuschungsprobe, weil eine Anzahl Südbjuten, d. h. Dänen aus Nordschleswig, bei einem Besuche in Kopenhagen freien Eintritt in das königliche Theater gehabt hätten, wo ein chauvinistisches dänisches Tendenzstück aufgeführt und zu politischen Demonstrationen benutzt worden wäre. Nun schreibt ein deutscher Pastor aus Nordschleswig einem Blatte, daß sich an der Enttäuschungsprobe beteiligt hatte:

Ich habe selbst an der Vorstellung teilgenommen und kann deshalb aus Autopsie urteilen. Daß je politische Splitterrichterei diese Vorstellung in dem Sinne ausbeuten konnte, wie es leider nach Ihren Quellen gesehen ist, habe ich nicht für möglich gehalten. Etwas, das von international gerichteten Seibern, dem Einführer des dänischen Philosophen in Dänemark, erfährt ist, ist so absolut frei von allen politischen Tendenzen, wie nur überhaupt ein Stück es sein kann. Daß das ganze Stück anspruchsvolles künstlerischen Charakter trägt, beweist schon die Tatsache, daß von großem Beifall, geschweige denn dem Beifall keine Rede war. Das einzige Verbrechen der Theaterverwaltung ist das, daß sie sich gestattete, den Nordschleswigern ein Stück vorzuführen, das den Charakter einer dänischen Sommernacht in echt dänischen Tönen widerspiegelt. Doch diese Art deutscher Verächtlichkeit ist nur ein Symptom unter vielen andern. Was mich als deutschen Pastor in Nordschleswig — ich bin kein geborener Nordschleswiger — immer wieder indigniert, ist diese Verächtlichkeit der Tatsachen, die böswillige Unterschiebung aufrührerischer Tendenzen, die man immer wieder erlebt, im Interesse der alleinstimmig machenden deutschen Partei. Nun was einem besonders wehe tut, ist, daß diese Verächtlichkeit von der christlichen Presse aufgenommen werden. Hier sollte man doch meinen, wäre das Wahrheits- und Gerechtigkeitsgefühl noch nicht ganz extirpiert. O, wenn Sie wüßten, wie die Dänischgeschritten oft himmelhoch die zum Teil recht unangenehmen Vertreter des Deutschthums überragen, wenn Sie wüßten, welcher Fonds von Treue und Loyalität, Innerlichkeit und Religiosität in ihnen steckt, wenn Sie überhaupt Treue gegen das frühere Vaterland, Kampf für Erhaltung der Muttersprache bei einem Gegner verstehen könnten, so würden Sie nicht so schreiben.

Der gute Pastor ist noch recht naiv, wenn er an das Wahrheits- und Gerechtigkeitsgefühl der „christlichen Presse“ appelliert. Er weiß anscheinend nicht, daß die beste Waffe der herrschenden Klasse gegen unterdrückte Elemente eben die „Verächtlichkeit der Tatsachen, die böswillige Unterschiebung aufrührerischer Tendenzen“ ist, ob es sich nun um Dänen oder Polen oder Sozialdemokraten handelt.

Würdelos!

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Deutsche Tageszeitung: Die Art und Weise, wie neuerdings wieder ein Teil der Presse die Angelegenheit der Gräfin Montignoso behandelt, muß als würdelos bezeichnet werden. Daß die Presse von dem Gerüchte einer bevorstehenden Wiederverheiratung der Gräfin Notiz nehmen mußte, mag zugestanden werden. Unwürdig aber und unwürdig war es, den Malaja und Trassch weiter zu tragen, der von zeitlichunwürdigen Sensationsberichterstellern in die Welt gesetzt wurde. Der Gipfel der Unwürdigkeit ist es aber, wenn einige Blätter, die sich sonst zu den anständigen rechnen, von dem Gerüchte Notiz nehmen, daß die Gräfin in England weile, nicht um ihre Wiederverheiratung zu betreiben, sondern um ihre Niederkunft abzuwarten. Wir haben, wie unsere Leser wissen, für die Gräfin verzapft wenig, ja weniger als nichts übrig, halten es aber doch der anständigen Presse für unwürdig, solche Gerüchte weiter zu verbreiten. Der Mangel an Fakt, der in den erörterten Preisangeboten zutage tritt, ist ungenügend bedauerlich und mit ein Grund dafür, daß die Presse trotz ihrer Machtstellung immer noch nicht so gewertet wird, wie sie beanspruchen zu dürfen glaubt.

Diese berechtigte Abkantung des Berliner Lیمانblattes hat niemand mehr Anlaß sich hinter die Ohren zu schreiben, als das Leipziger Lیمانblatt, die Leipziger Neuesten Nachrichten, die wie vom Hauptprozeß auch von der Affäre der Gräfin Montignoso jeden Tag für ihre sensationshungrigen Leser ein pikantes Magout zusammengrühel haben. Wenn das Geschäft in Frage kommt, wirft auch die nach Ansicht Vertels „autständige Presse“ alle äußere Würde — innere Würde besitzt sie nicht! — über Bord und wälzt sich mit jedem Revolverblatte im Kote. Es hat das Bündlerblatt sicherlich außerordentlich geschmerzt, der sozialdemokratischen Presse, die es immer als einen Ansbund von Beworfenheit hinstellt, nichts anhängen zu können. Die sozialdemokratische Presse betrachtet eben die einstige Frau Friedrich Augusts von Sachsen als eine Privatperson, und im Privatleben von Privatpersonen listern herumzuschneifeln, überläßt sie neidlos der „autständigen Presse“.

Eine freche Rechtsverletzung.

Von einem brutalen Gewalttätich der Polizei meldet der Draht aus Breslau:

Der Russe Joseph Salacjewsky wurde von der Polizei in Königshütte entgegen gerichtlichem Beschluß an Ruhsand ausgeliefert, von wo er wegen politischer Vergehen verfolgt wird.

Die schlesische Polizei sucht stets die Berliner Polizei zu übertrumpfen. Dort wurde unlängst ein Stück verboten, das einen längst gestorbenen Jaren in harmloser Weise auf die Bühne brachte; in Schlesien begehrt man entgegen gerichtlichem Beschluß zugunsten des lebenden Jaren einen schänden Rechtsbruch. Wird gegen die schuldigen Peananten auf Grund der Paragraphen 239 und 341 des Strafgesetzbuches vorgegangen werden oder soll die Rechtsverletzung durch die Polizei unter der „liberalen Kera“ in Permanenz erklärt werden?

Ein lustiges Dementi.

In der Rheinisch-Westfälischen Scharfmacherzeitung ist zu lesen:

In den Berichten eines Korrespondenzbureaus über die Verhandlungen im Prozeß Koeren-Schmidt hat gestanden, daß der Bezirksamtmann a. D. Geo. A. Schmidt auf die Frage, des Vorliegens, ob er einen Harem gehabt habe, mit „Ja“ antwortete. Wie uns authentisch mitgeteilt wird, ist dieser Bericht unzutreffend. Im Herrn Schmidt ist die Frage nicht gestellt worden. Wie der Irrtum entstehen konnte, ist um so unbegreiflicher, als die Beweisaufnahme nicht das geringste für diese Annahme ergab.

Wenn Herr Schmidt, wie die Beweisaufnahme in der Verhandlung ergab, seine schwarze Konkubine Eisingabe beauftragte, ständig für Weiber zu sorgen und ihr die Gerichtsbarkeit verleihe, wenn die Klage vorgebracht wurde, Schmidt entlungere alle jungen Mädchen, wenn Herrn Schmidt nachgewiesen wurde, daß er sich von einer ganzen Schar kleiner unerwachsener Mädchen „bedienen“ ließ, wenn er das 13- bis 14jährige Mädchen Abadjo blutig prügeln ließ, weil es sich weigerte, ihm zu Willen zu sein, und ein anderes Mädchen ebenfalls auf diese Art gezwungen wurde sich hinzugeben, wenn Herr Schmidt sich mit dem Vater Müller, in den Händen einen Selbstsch, und mit fünf oder sechs nackten Knaben und Mädchen photographieren ließ, schließlich die Aussage eines Offiziers zur Sprache kam, daß sich überall ein Weib oder ein Mädchen als Frau Schmidt vorstellte und Schmidt selber zugab, er habe viele Mädchen auf der Station gehabt — so ist der Irrtum von dem Harem „um so unbegreiflicher, als die Beweisaufnahme nicht das geringste für diese Annahme ergab!“ Viel unbegreiflicher wäre die Unversroventheit dieser Behauptung —, wenn es sich nicht gerade um die Rheinisch-Westfälische Zeitung handelte.

Die Hereros.

Auf die Meldung der Windhuker Nachrichten, daß die Hereros beabsichtigen, das deutsche Schutzgebiet zu verlassen, um sich in der Kapkolonie als Minenarbeiter zu verdingen, schreibt die Norddeutsche Allgemeine offiziös:

In der Presse ist neuerdings auf die Gefahr hingewiesen worden, welche eine allgemeinere Abwanderung der Hereros nach britischem Gebiet für die wirtschaftliche Entwicklung Deutsch-Südwestafrikas bedeuten würde, und es ist daran die Mahnung geknüpft worden, dieser Gefahr rechtzeitig vorzubeugen. Zu erster Vernehmung liegt in dessen kein Anlaß vor. Allerdings macht sich unter den Hereros im Norden des Schutzgebietes seit einiger Zeit eine gewisse Unruhe bemerkbar. Diese äußert sich namentlich darin, daß die Hereros aus dem Dienste fortlaufen. Die Absicht, sie schon in allernächster Zeit ganz freizugeben, hat zunächst nicht durchgeführt werden können. Dagegen ist der Versuch gemacht worden, die Eingeborenen dadurch mehr an den Ort, an dem sie arbeiten, zu fesseln, daß ihnen etwas Kleinvieh — etwa zwei Mutterziegen auf die aus durchschnittlich fünf Seelen bestehende Familie — gegeben wurde. Dieses Kleinvieh bleibt im Eigentum der Regierung; doch haben die Hereros die Kubnigung, sowie die Erlaubnis, von den Ziegen einige nach Entrichtung des Kaufpreises eigenständig zu erwerben. Hiermit soll gleichzeitig bezweckt werden, daß in die Ernährung, namentlich in die der Kinder, etwas mehr Abwechslung gebracht und der Gesundheitszustand verbessert wird. Als den mehr als Tausend im Windhuker Gefangenenzentral befindlichen Hereros von dieser Maßnahme

mit dem Bemerken Mitteilung gemacht wurde, daß ihnen dieses Zugehörnis als Lohn für ihre gute Führung gemacht würde, waren sie sichtlich sehr erfreut. Es ist beabsichtigt, für den Fall, daß in Zukunft gute Resultate damit erzielt werden, den Versuch auch auf andere Gefangenentraktoren auszudehnen. Den privaten Arbeitgebern soll ein ähnliches Verfahren anempfohlen werden, um auch bei ihnen die Eingeborenen schärfer zu machen. Selbstverständlich würden seitens der Verwaltung auch alle sonst zweckdienlichen Mittel angewendet werden, um ein Verlassen des Schutzgebietes durch die als Arbeiter unentbehrlichen Hereros zu verhindern, falls hierauf abweichende Bestrebungen festgestellt werden.

Der Viehreichthum der Hereros war vor dem Vernichtungs-Krieg gegen sie verhältnißmäßig. Aber als Trostlos Ausrottungsstrategie sie in die Wüste hegte, starben nicht nur Zehntausende von Männern, Weibern und Kindern an Hunger und Durst, sondern auch die großen Herden gingen zu Grunde. Man kann sich also die Freude der Hereros lebhaft vorstellen, denen jetzt „als Lohn für ihre gute Führung“ zwei Ziegen auf die Familie — gegeben werden.

Aus dem Artikel geht übrigens hervor, daß man die Hereros vollständig als Sklaven behandelt. Sie sitzen in Gefangenentrakten, und wenn sie das Schutzgebiet verlassen wollten, würden „zweckdienliche Mittel angewendet werden“, um das zu verhindern. Das ist die neueste Wille der deutschen Kolonialpolitik — die Einführung der Sklaverei!

Auf der Hatz nach der Dattelfliege.

Der Augsburger Abendzeitung schreibt ein journalistischer Begleiter Derenburg aus Ostafrika folgendes:

Erzelenz Derenburg war in fliegender Hast nach dem Seengebiet gegangen, um angeblich den Warich quer durch die Kolonien anzutreten; ich hatte aus sehr triftigen Gründen nicht teilgenommen. Einmal hatte ich den Warich, der immer genau derselbe ist, zwischen Tabora und Dar-es-Salaam, durch meine Reise nach dem Ngorongoro bereits kennen gelernt, und es erschien völlig ausgeschlossen, daß auf einer Hechtour durch das Land sich Neues bieten würde; zum andern erschienen die hohen Kosten für die 45—60 tägige Tour in gar keinem Verhältnis zu der geringen literarischen Ausbeute. Denn was herauskommt, wenn man in wenigen Wochen von einem riesigen Gebiet wie Deutsch-Ostafrika loutel als möglich sehen will, haben die Abgeordnetenreisen gezeigt. Wer schnell reist und sich nicht Zeit gönnt, seine Eindrücke zu ordnen und zu sammeln, wird nie zu einem eigenen sicheren Urteil kommen.

Was braucht Derenburg ein eigenes sicheres Urteil über die Kolonien? Das wird für ihn durch seine tropisch wuchernde Phantasie reichlich ersetzt.

Ein merkwürdiger Prozeß.

1. Ein feltamer Prozeßprozeß beschäftigte die Breslauer Strafkammer. Ein Wäldermeister hatte seinem Gesellen das Verbandsorgan vorenthalten, das diesem von der Verbandsleitung regelmäßig zugefandt, vom Briefträger aber im Laden abgegeben worden war. Seitens der Verbandsleitung wurde deshalb Strafantrag wegen Unterschlagung und Verletzung des Briefschlüsselgesetzes gestellt. Der Erste Amtsanwalt lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab, weil der Wäldermeister „alaubhaft versichert“ hatte, daß er die Zeitung an den Gesellen nur versehentlich nicht abgeliefert hatte. Seitens der Verbandsleitung wurde daraufhin Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft erhoben. Mittlerweile hatte die Breslauer Volkswacht das Schreiben des Ersten Amtsanwalts abgedruckt und eine scharfe Kritik daran geübt. Die Folge war, daß Genosse K a u l als verantwortlicher Redakteur eine Anklage nach § 17 des Preßgesetzes erhielt, weil er ein amtliches Schriftstück aus einem Strafprozeß nachgedruckt haben sollte, bevor das Verfahren erledigt war. Vor Gericht verteidigte er sich dahin, daß ein Strafverfahren noch gar nicht vorgelegen habe, denn die Eröffnung sei ja abgelehnt worden. Das Ermittlungsverfahren sei aber bereits erledigt gewesen, denn auf Grund des Ergebnisses dieses Verfahrens sei ja der Erste Amtsanwalt dahin gekommen, die Einleitung eines Strafverfahrens abzulehnen. Eine Verletzung des § 17 des Preßgesetzes sei mit der Veröffentlichung dieses Schriftstücks nicht erfolgt, wenn man dem Gesetz nicht Zwang antun wolle. Der Staatsanwalt dagegen beantragte 20 M. Geldstrafe. Das Vorverfahren sei noch nicht abgeschlossen gewesen, nachdem gegen den Bescheid des Ersten Amtsanwalts Beschwerde erhoben worden sei. Das Gericht nahm an, daß der Staatsanwalt mit seiner Ansicht recht habe, erkaunte aber nur auf 5 M. Geldstrafe.

Berlin, 26. September. Wie die Vossische Zeitung hört, wird auch ein Gesetzentwurf zur Regelung des Ausverkaufswesens als Ergänzung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb bereits in der nächsten Zeit veröffentlicht, noch ehe der Bundesrat über ihn beraten hat. Die Bekanntgabe wird erfolgen, sobald zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Preussischen Handelsministerium eine Einigung über die endgültige Fassung des Entwurfs erzielt ist.

Erfolge der Polenpolitik. Die polnische „Anschließungs-Kommission“ arbeitet prompter als die tschechische, denn in Mitteleuropa und Neustrung im Kreis Glogau, berichten bürgerliche Blätter, sind vier Verkäufe in polnische Hände übergegangen, und drei weitere Verkäufe sollen schon so gut wie abgeschlossen sein. Es werden Preise gezahlt, die den realen Wert der Wirtschaften weit übersteigen.

Für diese Habsucht werden sich die Habsichten an folgender Nachricht schablos halten:

In Hochstraf bei Moers hielt dieser Tage ein polnischer Klub eine Versammlung ab, die aber nach kurzer Zeit der polizeilichen Auflösung verfiel. Die Polen waren darüber sehr empört und widersetzten sich der Aufforderung, den Saal zu verlassen. Als die Schulleute Gewalt anwenden wollten, kam es zu einer großen Schlägerei und Schierelei. Die Polen stürzten sich auf die Beamten, von denen einer durch drei Hiebe über den Kopf, ein anderer durch Messerstiche schwer verletzt wurde. Nunmehr machten die Schulleute von ihrer Waffe Gebrauch. Dabei wurden zwei Polen getötet und 14 teilweise schwer verwundet.

Endlich ein positiver Erfolg gegen die Polen: zwei Mann getötet, vierzehn schwer verwundet! Das ist ja fast die Trostlosste Ausrottungsstrategie auf die Polen angewandt!

Nieder ins Zuchthaus als in die Freiheit des Massenstaats. Bürgerliche Blätter berichten, daß der nach 30-jähriger Zuchthausstrafe begnadigte Mörder Müller einige Tage nach seiner Entlassung wieder bei der Zuchthausdirektion in Wassenburg erschien und um Wiedereinnahme bat, weil ihm das Zuchthausleben schöner erschienen.

Die bürgerliche Gesellschaft verachtet diesem Mann ihre Werten. Natürlich — ein Mörder, ein Zuchthausler! Da wird der eine, wie der Hauptmann von Köpenick, aufs neue zum Verbrecher — der andere, dem dreißig Jahre Zuchthaus die Rippen gebrochen haben, kehrt wieder in das einjährige „Heim“ zurück, das er kennt.

Der bayrische Staatshaushaltetat. Unser Münchner Parteiporgan veröffentlicht die wesentlichsten Posten aus dem Etat, der nächsten Sonnabend dem Landtage vorgelegt wird. Das Budget bilanziert mit 761 453 851 Mark. Zur Durchführung der Gehaltsaufbesserungen der Beamten ist ein Rezerdebetrag von 9 728 380

Mark vorzusehen. Die Staatschulden erfordern an Zinsen 7 765 310 Mark mehr als im letzten Jahre.

Die Einnahmen aus direkten Steuern sind um 2710000 Mark und die Einnahmen der Staatsbahnen um 18 Millionen höher angelegt als im vorigen Jahre.

Reform der Postfreiheit für die bayerischen Behörden. Die gesamte amtliche Postfreiheit in Bayern wird mit Beginn der nächsten Finanzperiode aufgehoben. Nur diejenigen wenigen Behörden, welchen die Postfreiheit durch Reichs- oder Landesgesetz zugesichert ist, bleiben vorerst von der Aufhebung der Postfreiheit unbetroffen. Der bisherige Einnahmeausfall der Post durch Befreiung portofreier Sendungen ist durch eine einjährige Kontrolle auf 6 Millionen Mark ermittelt worden.

Germanisierung um jeden Preis. Um das Schandentempo der Ausdehnungspolitik in den Ostmarken zu beschleunigen, sollen auf Anregungen Wilhelm II. einige Domänen an die Ausdehnungskommissionen verkauft werden. Den Anfang machte die Domäne Altban in Westpreußen. Keim weitere sollen folgen. Durch Aufteilung der Komplexe sollen zahlreiche kleine Landwirte eine Existenz unter angeblich günstigsten Bedingungen erhalten. Viel wird das freilich nicht helfen!

Belgien.

Um den Kongostaat.

Brüssel, 24. September. Die parlamentarische Kongo-Kommission hat heute über die Vorschläge der belgischen Regierung zum Entwurf des Kolonialgesetzes beraten. Die Kommission beschloß, bei der Kongoregierung anzusuchen, welche Tragweite der Erlaß des Königsvertrags vom 20. Juli, durch den er einen Teil des KongoStaats als Krongut zurückstellt, für den belgischen Staat habe. — Die Kommission ist der Ansicht, daß die gesetzgeberische Gewalt an den König lediglich delegiert werden solle, das Parlament solle dann immer noch Gesetze schaffen können, die von den Staatsgrundgesetzen abweichen. Die Worte „Juristische Person der Kolonie, getrennt vom belgischen Staat“, schließen — nach Ansicht der Kommission — die finanzielle Autonomie der Krone in sich. Belgien habe nicht für die eventuellen Schulden des KongoStaats gegenüber den Gläubigern.

Rußland.

Der Vertrag zwischen England und Rußland.

Petersburg, 25. September. Die Konvention enthält Abmachungen, die bestimmt sind, jeden Anlaß zu Mißverständnissen zwischen den beiden Staaten in den Fragen zu beseitigen, welche Interessen auf dem asiatischen Kontinent betreffen. Bezüglich Persiens haben sich die russische und die englische Regierung gegenseitig verpflichtet, die Unabhängigkeit und Integrität des Landes zu achten und irgendwelche Konzeptionen politischer und kommerzieller Natur weder sich selbst nachzusetzen, noch zugunsten ihrer Untertanen oder der Untertanen dritter Mächte zu befürworten. Hinsichtlich Afghanistan erklärt die englische Regierung, nicht die Absicht zu haben, die politischen Verhältnisse dieses Landes zu ändern; sie würde ihren Einfluß nur in irridlichem Sinne geltend machen und Afghanistan nicht zu Maßnahmen ermutigen, die für Rußland bedrohlich wären. Es verpflichtet sich ebenso, keinen Teil Afghanistans an sich zu reißen oder zu besetzen, oder sich in seine innere Verwaltung einzumischen. Die russische Regierung erklärt, daß sie Afghanistan als außerhalb ihrer Einflußsphäre befindlich anerkenne. Betreffs Tibet erkennen beide Regierungen die souveränen Rechte Chinas über Tibet an und verpflichten sich, seine territoriale Integrität zu respektieren, sich jeder Einmischung in seine innere Verwaltung zu enthalten und keine diplomatischen Vertreter nach Peking zu entsenden. In Zusatznoten zu der Konvention verpflichteten sich beide Regierungen, gegenseitig auf die Dauer von drei Jahren von jezt an keiner wissenschaftlichen Expedition irgend welcher Art das Eindringen in Tibet zu gestatten.

Marokko.

Die Lage.

Paris, 25. September. General Drude telegraphiert: Im Osten und Westen von Casablanca macht sich ein allgemeines Nachlassen der Erregung bemerkbar. In einem Umkreise von 30 Kilometern ist keine Ansammlung von Marokkanern zu sehen. In weiterer Entfernung sind eine oder zwei kleinere feindliche Gruppen gesichtet worden. — Aus dem Süden wird gemeldet, daß ein paar kleine Gruppen der Stämme Dakra, Medjad und Dukkala gesehen worden sind. Wenn diese an Zahl zunehmen sollten, so werde General Drude die notwendigen Maßnahmen treffen, um sie zu zerstreuen.

Sächsische Angelegenheiten.

Wahlrechtshauereri.

In einer Versammlung des konservativen Vereins für die Lohnhortschaften hielt der bekannte Kammerherr v. Blumenthal, der anfangs der neunziger Jahre allen Ernstes in Vorträgen die beste Lösung der sozialen Frage in der Einrichtung eines Blutbades unter der Arbeiterklasse erblickte, einen Vortrag über die Wahlreform und machte dabei auch besondere eigene Vorschläge. Herr v. Blumenthal hatte sich gegen die Wahlen durch Kommunalverbände und den Fortfall des Unterschiedes zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen ausgesprochen, trat aber für die Wahlen alle sechs Jahre und Verhältniswahlen für einen Teil der Abgeordneten ein. Sodann schlug er vor, zwei Drittel der Abgeordneten nach dem Pluralsystem zu wählen unter Anwendung von Zusatzstimmen für diejenigen, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, die nötige Bildung usw. besitzen und selbständige Arbeitgeber sind. Auch die Beschäftigten der Wähler wünschte er in dem Entwurf mit aufgenommen zu haben, so daß demjenigen, der allen Kategorien angehört, fünf Stimmen zufallen. Das Wahlalter für diese Wähler solle auf 30 Jahre festgesetzt werden. Für das andere Drittel der Abgeordneten schlug v. Blumenthal die Verhältniswahl vor. Wahlberechtigt sollen hier diejenigen sein, die das 25. Lebensjahr vollendet und mindestens sechs Monate in dem Bezirk der Listenaufstellung wohnen. Die in diesem Vorschlag zum Ausdruck gebrachte „Arbeiterfreundlichkeit“ veranlaßte einen Vertreter des evangelischen Arbeitervereins, dem Redner den „besten Dank“ dafür auszusprechen und sich mit den Vorschlägen des Kammerherrn einverstanden zu erklären. Reichstagsabgeordneter Dr. Wagner, der Vorsitzende des konservativen Landesvereins, bezeichnete den Vorschlag des Herrn v. Blumenthal als einen der „besten“ und „klügsten“, der ihm von allen Reformvorschlägen unter die Hände gekommen sei und der alle Aussicht habe, Anklang in der zweiten Kammer und bei der Regierung zu finden. Der Vorschlag ist eigentlich mehr nationalliberal, als konservativ. Um so interessanter ist es, daß auch der Vorsitzende des konservativen Landesvereins diesem Gemengsel nationalliberaler Wünsche Beifall sollte.

Der nationalliberale Abg. Bleyer in Falkenstein hat einen andern Wahlrechtsvorschlag gemacht: Jeder sächsische Staatsbürger, der das 25. Lebensjahr erfüllt hat, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte be-

findet, verheiratet ist oder eine eigene Wohnung inne hat, jährlich mindestens 4 M. Staatssteuer bezahlt und mindestens ein Jahr im Wahlorte gewohnt hat, ist wahlberechtigt. Wer zehn Jahre ununterbrochen das Wahlrecht besessen hat, behält es zeit lebens. Bleyer sagt dann: Es sei eine Wahlrechtsreform, wenn in der Begründung der Regierungsvorlage die Pluralstimmen auf 218 000, den dritten Teil sämtlicher Wähler, beziffert werden. Sie hätten den ausgesprochenen Zweck, die Wirkung der gleichen Zahl von Stimmen, die von den Wahlberechtigten unter 1600 M. Einkommen abgegeben werden, aufzuheben. Dieser nationalliberale Vorschlag nähert sich wieder mehr agrarkonservativen Anschauungen, da bekanntlich die Agrarkonservativen sich öffentlich für ein modifiziertes Pluralwahlrecht ausgesprochen haben.

So stehen nationalliberale und konservative Wahlrechtswünsche durcheinander. Wenn die Wahlrechts „Grundfrage“ der beiden herrschenden Parteien genügend ineinander verschmolzen sind, dann wird es ihnen auch leicht sein, sich auf ein Wahlrecht zu einigen. Was dann das Licht der Welt erblickt, wird dann kein konservatives oder nationalliberales, sondern einfach ein neuer reaktionärer Wahlrechtsweselsatz sein.

Nationalliberale Versprechungen und ihre Folgen.

Das Sächsische Volksblatt, das gestern seine Meinung dahin äußerte, daß die Sozialdemokratie gar keine Ursache habe, ohne Not sich für das eine oder das andere „kleinere Uebel“ auszusprechen, wenn in der Wahlrechtsfrage nicht bindende Garantien gegeben würden, weiß heute zur Situation im 1. ländlichen Wahlkreis, wo bekanntlich den 25 agrarischen Wahlmännern 24 nationalliberale und 16 sozialdemokratische Wahlmänner gegenüberstehen, zu melden, daß der Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Vereins, der zugleich das Wahlkomitee bildet, beschlossen hat, den Sozialreaktionär Held zu stürzen und dem Nationalliberalen im dritten Wahlgange die Stimme zu geben. „Damit dürfte ein Mann nicht wieder in den Landtag einziehen, welcher ein Feind jeglichen Fortschritts und ein Förderer aller Sozialinteressenlosigkeit war“, meint unser Zwickauer Parteiblatt.

Bei den Beziehungen, die das Sächsische Volksblatt durch ihre Redaktion zu Hiltan hat, darf man annehmen, daß diese Meldung richtig ist. Unsere Parteigenossen haben sich also entschlossen, einem nationalliberalen gegen den agrarkonservativen Reaktionär zum Siege zu verhelfen. Da dies nicht angängig ist, ohne die Zustimmung der Parteinstanzen, namentlich des Zentralkomitees, so erfährt man vielleicht auch, welche Bürgerschaft der nationalliberale Fabrikbesitzer Werner, der bekanntlich im Widerspruch zu dem nationalliberalen Wahlausruf auf Drängen der Freisinnigen eine Erklärung veröffentlicht hat, daß er für ein dem Reichstagswahlrecht ähnliches Wahlrecht eintreten wolle, in der Wahlrechtsfrage gegeben hat. Der in Frage kommende Beschluß der Landeskonferenz lautet:

Bei der entscheidenden Wahl der Abgeordneten dürfen sozialdemokratische Wahlmänner für bürgerliche Kandidaten stimmen, wenn diese mindestens dafür Bürgerschaft leisten, daß sie mit allen zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln darauf einwirken wollen, daß das gleiche und direkte Wahlrecht wieder errungen wird.

Wenn ein Nationalliberaler eine diesen Bedingungen entsprechende Erklärung an die Sozialdemokratie abgibt, so würde das angeht die nationalliberalen Grundhaltungen und Charakterlosigkeit weniger verwunderlich, als der Umstand, daß — Sozialdemokraten solche nationalliberale Erklärungen für bare Münze nehmen.

Zur Ausländerfrage. Der Vorstand des Gemeindefages der Amtshauptmannschaften Dresden-Nikstadt und Dresden-Neustadt hatte an die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen eine Eingabe gerichtet, worin er sich gegen die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern bei staatlichen Bauten wendet. In dem darauf ergangenen Bescheid wird den Betreibern zunächst eröffnet, daß bei den Bahnbauten Zuländer vor Ausländern seit einer längeren Reihe von Jahren den Vorzug erhalten. Die Bahnbaunternehmer werden durch Vertrag verpflichtet, Nachweis über die Nationalität ihrer Arbeiter an die Baubehörde einzureichen, so daß die Eisenbahnverwaltung jederzeit vom Stande unterrichtet ist. Es dürfen in der Regel nicht mehr als 50 Prozent Ausländer beschäftigt werden. Seit 1901 ist diese Grenze nur wenige Male überschritten worden, weil es dem Unternehmer nicht möglich war, genügend einheimische Arbeitskräfte zu erhalten. Im Jahre 1906 war das Angebot einheimischer Erdarbeiter wohl infolge des guten Geschäftsganges in der Industrie sehr gering und ferner ist die Beobachtung gemacht worden, daß Industriearbeiter immer bald wieder diese Arbeit verlassen, weil ihnen die Anstrengung zu groß und der Verdienst zu gering ist. Auch hat man festgestellt, daß die ausländischen Arbeiter Tüchtiges leisten und ruhig sind, während die einheimischen oft Schwierigkeiten gemacht haben. Bei dieser ganzen Situation kam die Generaldirektion der Staatsbahnen zu dem Schluß, in dieser Angelegenheit über die bestehenden Verfügungen nicht hinausgehen zu können. Ein Besuch um Verabbarung verheirateter vor ledigen Arbeitern wurde ebenfalls abgelehnt beschließen.

Die „ruhigen“ ausländischen Arbeiter, die so Tüchtiges leisten, im Gegensatz zu den einheimischen Arbeitern, die „oft Schwierigkeiten bereiten“ — weil sie sich nicht zu den billigen Löhnen der Ausländer anwenden lassen —, wenn das der Vorstand einer Schachtmachervereinigung geschrieben hätte, könnten sich das noch gefallen lassen. Wenn aber die oberste Behörde unserer Eisenbahnverwaltung dergleichen verapft, ist das außerordentlich bezeichnend für den sozialen Geist, der in der sächsischen Verwaltung herrscht.

Im Unrecht in Recht zu verwandeln, lassen sich die Arbeiter vor den Gerichten vertreten! So ungefähr sagte der Vorsitzende des Amtsgerichts in Falkenstein i. V. zu unsern Genossen Sachsenweiger, der über schon Arbeiter vor dem Amtsgericht vertreten hatte. Trotzdem die Vertretungen erwählter Genosse vollständig kostenlos besorgt und auch nur eine Vertretung in Streitfragen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis übernahm, wollte man ihm das Recht der Vertretungen entziehen. Wenn er, der Genosse S., auch nicht direkt bezahlt werde für seine Vertretungen, so bestehe er jedenfalls von dem Gewerkschaftsverband oder den Gewerkschaften eine Entschädigung, was ja auch schon aus seiner Stellung als Lagerhalter hervorhebe! Darum müsse er in Zukunft vom Gericht als Vertreter abgelehnt werden. Unser Genosse Sachsenweiger ist dieser Auffassung des Amtsrichters energisch entgegengetreten, indem er feststellte, daß es lediglich im Interesse der Arbeiterschaft diese Vertretungen übernehme, und zwar ohne jedwede Entschädigung. Darauf wurde er nochmals als Vertreter bestätigt, aber der Herr Amtsrichter wollte jedenfalls der Arbeiterschaft noch einen Hieb versetzen, indem er erklärte, die Arbeiter ließen sich doch nur vertreten, um auch in Fällen, wo sie eigentlich im Unrecht wären, doch Recht zu bekommen. Was so ein Richter nicht alles weiß!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. September.

Geschichtsforscher. 26. September 1873: Lustspiel-Dichter Robert Benschly in Leipzig gestorben.

Der Rat und die Straßenbahnen.

Der Rat hatte von der Großen Leipziger Straßenbahngesellschaft auf Grund des mit ihr abgeschlossenen Konzessionsvertrages für die Pflasterung der Gundorfer Straße einen Beitrag gefordert und ausbezahlt erhalten.

Die erhobene Insektionsklage hat das Oberverwaltungsgericht, insofern mit ihr die Rückzahlung des für die Gundorfer Straße geleisteten Betrages erstrebt wird, als unzulässig abgewiesen.

Reisultat der Landtagswahlen. Bei der heute vormittag vollzogenen Abgeordnetenwahl wurden im 2. Wahlkreise für Genossen Pinkau 40, für Schill 87 Stimmen gezählt.

Die Bädermeister und die Ratsverordnung. Die Bädermeister hielten gestern nachmittag eine außerordentliche Sitzung.

Elektrisches Licht in der ersten Realschule. Zu Unterrichts-zwecken (Optik, Lehre vom Licht) macht sich die Einführung der Elektrizität in die erste Realschule nötig.

Das neue Wasserwerk. Für die gesamte Wasserversorgungs-anlage werden nach der Schätzung der Wasserwerksverwaltung um 500 000 Mark aufzuwenden sein.

Der Kettensteg gesperrt. Wegen Erneuerung des Bohlenbelags ist der Kettensteg auf die Dauer der Arbeiten gesperrt worden.

Schwurgericht. Eine abermalige Vertagung der für diese Woche angeetzten Hauptverhandlungen der fünften Sitzungperiode des Schwurgerichts Leipzig hat sich durch die noch andauernde Erkrankung des Schwurgerichtsvorsitzenden, Landgerichtsdirektors Schicht, notwendig gemacht.

Von der Universität. 48 Studenten sind im vergangenen Sommersemester ihres akademischen Bürgerrechts verlustig gegangen, da sie kein Kolleg belegt haben.

In. Gesundheitszustand von Berlin, München, Dresden, Leipzig und Breslau. In Berlin starben in der Woche vom 8. bis 14. September ausschließlich der Totgeborenen im ganzen 574 Personen.

Die Kaufmannsgerichte. Aus Kaufmannsreisen wird uns geschrieben: Wie wir schon nachwies, wurde durch die Nachschafften des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und die Feindschaft der bürgerlichen Parteien das Gesetz über die Kaufmannsgerichte in einer Weise verunglückt, daß der soziale Wert dieser Einrichtung auf ein Minimum herabgedrückt worden ist.

Ein Zeichen der außerordentlichen Rückständigkeit der Handlungsgehilfenverbände ist die Nichtaufnahme der weiblichen Handlungsgehilfen. In den Jahren des Kampfes für die Kaufmannsgerichte standen noch alle Hilfsverbände der Frauenarbeit im Handel überaus feindselig gegenüber.

Zu dieser Erkenntnis haben sich im Laufe dieses Jahres zwei Handlungsgehilfenverbände befehrt: der Hirsch-Wunderliche Verein Deutscher Kaufleute und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

mit dem Gespenst der Stellenlosigkeit, der schlechten Bezahlung, an der nur die weibliche Arbeitskraft im Handel schuld sein soll. Auch wir kennen die mehr als traurige Lage der großen Mehrzahl der Handlungsgehilfen, wir wissen, wie verherrend gerade bei den Privatangehörigen die Stellenlosigkeit wirkt, aber wir weisen auch stets darauf hin, daß die Unternehmer ein Interesse an diesen Zuständen haben, daß sie es sind, die im Interesse ihres Profites schlechte Löhne zahlen, daß sie nicht daran denken, die überlange Arbeitszeit zu verkürzen, daß aus all diesen Gründen die Prinzipalität das gerade Gegenteil vom Wohl der Handlungsgehilfen als ihr Interesse ansehen muß.

Und nun vergewaltigt man sich, daß Mitglieder dieser sozial rückständigen Vereine als Beisitzer beim Kaufmannsgericht fungieren. Wir haben uns nie gewundert, wenn sozial rückständige Urteile von den Kaufmannsgerichten gefällt wurden. Ein Kaufmannsgerichtspräsident, der an die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Angestellten und Prinzipal glaubt, wird auch leicht geneigt sein, die Interessen der Handlungsgehilfen mit Füßen zu treten, nicht bewußt, aber sein Mensch kann aus seiner Haut heraus. Darum darf kein Handlungsgehilfe einen Vertreter dieser Vereine wählen. Aber nicht nur auf die Weltanschauung kommt es an, nein, auch auf die Stellungen, die die Kandidaten einnehmen: Wie kann ein Profurist oder Personalchef, der kein Interesse mehr mit dem seines Prinzipals identifiziert, die Rechte der Angestellten wahrnehmen? Gar leicht wird die Ansicht der Handlungsgehilfen von dem Prinzipale überstimmt werden, wenn nicht Leute mit Klugart, sozialen Verständnis und wirtschaftlicher Unabhängigkeit im Gericht sitzen. Der Zentralverband hat auch hier wieder Mitglieder zur Wahl aufgestellt, die nicht allein das nötige soziale Verständnis, sondern auch Rückgrat besitzen, und in unabhängiger Stellung sind. Die Handlungsgehilfen scheiden sich ins eigene Fleisch, wenn sie die Liste eines andern Verbandes wählen. Wer seinen Vorteil will, wählt die Liste des Zentralverbandes.

Reisultat der Landtagswahlen. Bei der heute vormittag vollzogenen Abgeordnetenwahl wurden im 2. Wahlkreise für Genossen Pinkau 40, für Schill 87 Stimmen gezählt.

Die Bädermeister und die Ratsverordnung. Die Bädermeister hielten gestern nachmittag eine außerordentliche Sitzung.

Elektrisches Licht in der ersten Realschule. Zu Unterrichts-zwecken (Optik, Lehre vom Licht) macht sich die Einführung der Elektrizität in die erste Realschule nötig.

Das neue Wasserwerk. Für die gesamte Wasserversorgungs-anlage werden nach der Schätzung der Wasserwerksverwaltung um 500 000 Mark aufzuwenden sein.

Der Kettensteg gesperrt. Wegen Erneuerung des Bohlenbelags ist der Kettensteg auf die Dauer der Arbeiten gesperrt worden.

Schwurgericht. Eine abermalige Vertagung der für diese Woche angeetzten Hauptverhandlungen der fünften Sitzungperiode des Schwurgerichts Leipzig hat sich durch die noch andauernde Erkrankung des Schwurgerichtsvorsitzenden, Landgerichtsdirektors Schicht, notwendig gemacht.

Von der Universität. 48 Studenten sind im vergangenen Sommersemester ihres akademischen Bürgerrechts verlustig gegangen, da sie kein Kolleg belegt haben.

In. Gesundheitszustand von Berlin, München, Dresden, Leipzig und Breslau. In Berlin starben in der Woche vom 8. bis 14. September ausschließlich der Totgeborenen im ganzen 574 Personen.

Die Kaufmannsgerichte. Aus Kaufmannsreisen wird uns geschrieben: Wie wir schon nachwies, wurde durch die Nachschafften des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und die Feindschaft der bürgerlichen Parteien das Gesetz über die Kaufmannsgerichte in einer Weise verunglückt, daß der soziale Wert dieser Einrichtung auf ein Minimum herabgedrückt worden ist.

Ein Zeichen der außerordentlichen Rückständigkeit der Handlungsgehilfenverbände ist die Nichtaufnahme der weiblichen Handlungsgehilfen. In den Jahren des Kampfes für die Kaufmannsgerichte standen noch alle Hilfsverbände der Frauenarbeit im Handel überaus feindselig gegenüber.

Zu dieser Erkenntnis haben sich im Laufe dieses Jahres zwei Handlungsgehilfenverbände befehrt: der Hirsch-Wunderliche Verein Deutscher Kaufleute und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Keuchhusten 8, Typhus 1, Tuberkulose 36, Krankheiten der Atmungsorgane 19, Magen- und Darmkatarrh 45, darunter 42 unter einem Jahr, gewaltsamer Tod 11, sonst 112 Personen.

Das Wetter im Oktober. Der Meteorologe Bürgel prophezeit für den Oktober größtenteils unfeindliches Wetter mit zahlreichen Neberschlägen. Nur die ersten und letzten 6 Tage des Monats sollen uns schöne, trockene Witterung bescheren.

Liebeskummer. Heute morgen versuchte sich eine 21 Jahre alte Verkäuferin in der Bayerischen Straße durch Leuchtgas zu vergiften. Durch Hausbewohner wurde der Gasgeruch rechtzeitig bemerkt und die bereits Bewußtlose mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus gebracht. Der Grund des Selbstmordversuchs soll Liebeskummer sein.

Einem Selbstmordversuch machte gestern in der Kronprinzstraße eine 23 Jahre alte Blätterin, indem sie Lysol einnahm. Sie wurde aber noch lebend in das Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund zu ihrer überreifen Tat war vermutlich Liebeskummer.

Arbeitererlitt. Von einer Lokomotive erfasst und zur Seite geschleudert wurde gestern ein in der Nähe des Connewitzer Bahnhofes beim Bahnbau beschäftigter Arbeiter aus Galtzien. Der Mann hat einen Schädelbruch davongetragen und mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Beim Turnen verunglückt. In den Schleißiger Schrebergärten fiel gestern der 14 Jahre alte Sohn eines Kriminalschuhmanns infolge Zerreißen eines Taues von einem Turngerüst herab und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Der Knabe wurde in die elterliche Wohnung gebracht.

Auf der Straße. Auf der Maderischen Straße stieß gestern vormittag ein Lastgeschirr mit einem Motorwagen zusammen, wobei letzterer mehrfach beschädigt wurde. Zu der Hweinaendorfer Straße wurde ein Radfahrer von einem Lastgeschirr ungerissen, aber nicht verletzt. Doch wurde sein Rad beschädigt.

Schwinder. Gestern nachmittag erschien in einer Wohnung der Sidonienstraße ein unbekannter Mann und sagte dem allein anwesenden Dienstmädchen, es solle sofort nach der Petersstraße kommen, wo seine Dienstherrin warte. Das Mädchen ging auch dahin, traf aber die Frau nicht. Bei der Rückkehr in die Wohnung vernahm sie 500 Mark, worunter sich 4 Einheitsmarkstücke befanden. Der Unbekannte war 22-24 Jahre alt, mäßig groß, schlank, hatte längliches Gesicht, dunkles Haar, kleinen Schnurrbart und trug einen dunklen Jacketanzug und schwarzen streifen Hut.

Ein Einmieterbetrüger hat mehreren Vermietern von Wohnungen, in denen er sich einmietet, Geldbeträge, angeblich zum Einlösen seiner baunüchternen Sachen, abgeschwindelt, worauf er verhaftet worden ist. Zuletzt ist er in der Färberstraße aufgetreten, wo er sich als Kaufmann Eugen Archibauer aus Eger ausgegeben hat. Der Betrüger wird beschuldigt: 22 bis 25 Jahre alt, klein und schwächlich, mit dunkelblondem Haar, kleinem Schnurrbart, bekleidet mit dunkelgrauem Jacketanzug und schwarzem weichen Hut.

Begen Betrugs wurde eine 33 Jahre alte Arbeiterbefreierin zur Verantwortung gezogen. Sie war für zwei Abzahlungskäufe in den Westvororten tätig und hat dort nach und nach durch Ausgeben gefälschter Bestellscheine für etwa 2500 Mk. Waren in ihren Besitz gebracht. Die Waren hat die Frau verpfändet und von dem Erlös die dafür fälligen Ratenzahlungen solange gedeckt, bis dem Betrag zulage trat.

Freiheit, die ich meine! Gestern abend sprang in der Dieskaustraße ein 8jähriger Knabe, den die Eltern wegen eines dummen Streichs in die im 1. Stock liegende Wohnung eingeschlossen hatten, aus einem Fenster in den Hof hinauf. Der Junge erlitt nur eine Fußverstauchung.

50 Mk. Belohnung werden ausgesetzt für die Wiedererlangung von Gegenständen, die am 25. September aus einer Wohnung in der Regienstraße in L.-Gohlis gestohlen worden sind. Es wurden gestohlen: eine goldene Herren-Savonette-Reinigungsrohr, auf dem Deckel die Buchstaben J. B. und im Innern des Deckels die Widmung: „Zum 25jährigen Arbeitsjubiläum gewidmet unserem Obermonteur Karl Friedrich Bobbe von der Firma Adolf Bleichert u. Komp.“ eingraviert, nebst starker goldener Panzerkette, eine goldene Denkmünze in Form eines Kreuzes mit der Zahl 25 in der Mitte, eine silberne Jubiläumdenkmünze in der Größe eines Fünfsmarstückes mit der Widmung „Adolf Bleichert u. Komp.“, eine goldene Brosche in der Größe eines Bismarckstückes mit dem Bildnis Otto von Krüger, eine goldene Damen-Reinigungsrohr, Rückseite mit ahrenartiger Verzierung nebst langer Kette und eine silberne Brosche, Jubiläumsgewinnstück mit den Bildnissen Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms II., im Gesamtwerte von 468 Mk. Den Diebstahl haben zwei unbekannte Burfchen im Alter von 19 bis 20 Jahren verübt. Der eine von untermittler schwächlicher Gestalt, mit hellblondem Haar und ebensolchem Schnurrbartchen, bekleidet mit schwarzem, steifem Filzhut und schwarzem Anzug; der andere von mittelgroßer kräftiger Gestalt und ebenfalls dunkel gekleidet.

Diebstahl. Ein Automat, Merkur, wurde unter verdächtigen Umständen von einem 21 Jahre alten Schreiber in Aufbewahrung gegeben. Wahrscheinlich ist dieser Gegenstand irgendwo gestohlen worden. Er befindet sich in Verwahrung der Kriminalpolizei.

Von Taschendieben wurde einem Herrn während einer Straßenbahnfahrt von Bounsdorf bis zum Johannisplatz eine goldene Zylinder-Schlüsselkette mit silbernem Zifferblatt nebst goldener Panzerkette und einer Dame in der Petersstraße das Portemonnaie mit einem größeren Geldbetrag und einem Oberdresdener während einer Eisenbahnfahrt von Dresden nach Leipzig das Portemonnaie mit der ganzen Verhaftung gestohlen. Des letzten Diebstahls ist ein etwa 25 Jahre alter Unbekannter, groß und kräftig, mit hellblondem Haar und Schnurrbart verdächtig.

Kleine Polizeinachrichten. Wegen des dringenden Verdachts, einem Schlafkollegen 178 Mk. aus dem Reiseforb entwendet zu haben, wurde ein 27 Jahre alter Zigarrenarbeiter aus Neuschönefeld festgenommen.

Ein 25 Jahre alter Ausreicher aus Neuschönefeld war einem Gutbesitzer in Nöningen, wo er in Stellung war, mit einem Fahrrad und verschiedenen Schmuckstücken durchgegangen. Der Bestohlene traf den Dieb in hiesiger Stadt und ließ ihn festnehmen. Die gestohlenen Sachen wurden noch bei ihm vorgefunden. Der Spitzhube wurde bereits wegen eines hier verübten Diebstahls verhaftet.

In einer größeren Fabrik in Gohlis hat ein 27 Jahre alter Buchhalter aus Altenburg nach und nach 900 Mk. unterschlagen. Auf den unehrlichen Menschen wird, da er verhaftet worden ist, gefaßt.

Hus der Umgebung. Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Stenogramm. Im Carl Volkshaus wurden schon seit längerer Zeit wertvolle Bäume durch das Abschneiden von Zweigen beschädigt, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, des Täters habhaft zu werden.

Unfall. Die in der Leipziger Straße 8 wohnende 26 Jahre alte Arbeiterin Corda stürzte so unglücklich die Treppe hinab, daß sie einen schweren Rückenbruch davontrug. Die Verunglückte mußte in das Leipziger Krankenhaus gebracht werden.

Schönefeld. Selbstmord. Ein hier in der Dimpfelstraße wohnender 60 Jahre alter verheirateter Arbeiter wurde in der Laube seines am Hofwege gelegenen Gartens erhängt aufgefunden. Die Motive zum Selbstmord des Mannes sind unbekannt.

Sommerfeld. Gemeinderatswahl vom 24. September. Der Gemeinderat befaßte sich nochmals mit dem pensionsfähigen Gehalt seines Vorstandes, nachdem die Amtshauptmannschaft in einem Schreiben die Pensionsfähigkeit auf eine höhere Summe ausgedehnt wissen wollte. Nach langer, eingehender Debatte wurde ein Antrag, 200 Mark Entschädigung für Verwaltungsaufwand und ca. 200 Mark Entschädigung für die Tätigkeit als Standesbeamter mit in die Pensionsfähigkeit einzubeziehen, gegen 4 Stimmen abgelehnt und hierauf mit 9 Stimmen beschlossen, an der Gehaltsfestsetzung vom 2. Juli d. J. festzuhalten, um so mehr, als der Gemeindevorstand am 10. August für seine Gehaltsregelung vorbehaltlos dem gesamten Gemeinderat seinen Dank abgestattet habe. Die Amtshauptmannschaft ersucht ferner um Festsetzung, ob der jetzige Gemeindevorstand 1903 als „berufsmäßiger“ gewählt worden sei. Es soll in dieser Beziehung berichtet werden, daß das Protokoll von 1903 keinen Anhalt biete, daß es sich um die Wahl eines „berufsmäßigen“ Gemeindevorstandes gehandelt habe. Das Kollegium ist einverstanden, daß dem Amtshauptmannschaft aus der Gemeindefasse ein Darlehen von 2000 Mark zu 4 Prozent gewährt werde zu Reparaturen der Kirchhofmauer. Das Darlehen soll zurückgezahlt werden, sobald es zu Verschönerungszwecken von der Gemeinde gebraucht wird. — Der Bauauschuss regte an, die Wäschungen am Althener Weg jetzt instandzusetzen. Der Gemeindevorstand soll entsprechend angewiesen werden.

Gautsch. Der Konsumverein für Gautsch und Umgebung hat nach seinem in der letzten Generalversammlung erstatteten Geschäftsbericht in verflochtenen Vertriebsjahre ein außerordentliches Steigern des Umsatzes und zwar um 23.453 Mark auf 229.435 Mark zu verzeichnen. Der durchschnittliche Umsatz pro Mitglied betrug 420 Mark gegen 364 Mark im vorbergehenden Jahre. Brotmarken wurden für 23.800 (20 0/10) Mark entnommen. Die Schweinefleischerei erhöhte den Umsatz von 14.182 auf 23.020 Mark. — Aus hygienischen Gründen wurde beim Nahrungsmitteln an Stelle des Pappmarkens das Nahrungsmitteln eingeführt. Ferner ist im Vertriebsjahre und zwar am 1. Juli die Sterbunterstützungssasse für die Vereinsmitglieder in Kraft getreten. — Die Mitgliederzahl ist von 666 auf 546 zurückgegangen. Der Reingewinn betrug 25.520 Mark. Er soll so verteilt werden, daß 10 Prozent auf Warenmarken und 5 Prozent auf Fleischmarken berechnet werden. Dem Spezialfonds wurden 3000 Mark und dem Dispositionsfonds 1147 Mark zugeführt.

Jenenau. Die vor Jahresfrist vom Allgemeinen Turnverein vorgenommene reinliche Scheidung hatte die Gründung eines der freien Turnvereine angegliederten Turnvereins zur Folge. Dieser Turnverein ist nun den Schulmännern von Jenenau und Jannitz ein Dorn im Auge und hat sie in mancher schlaflosen Nacht beschäftigt. Es wurde ein Nachtrag zur Kolonialordnung an demselben Tag, der den Fortbildungsschülern den Beitritt zu Vereinen nur nach schulpflichtiger Genehmigung gestattet. Zugleich mit dem Nachtrag wurden auch die Strafvormerkungen, die ja bekanntlich niemals fehlen dürfen, veröffentlicht. Um nun eine Verletzung seiner Mitglieder zu verhindern, reichte der Turnrat ein Gesuch um Verbleib von 12 Fortbildungsschülern im Verein bei der Ortskontinuität ein. Von diesen 12 Schülern wurde der Hälfte die fernere Mitgliedschaft bis auf weiteres unterjagt. Dem Verein für Bewegungsspiele dürfen Fortbildungsschüler überhaupt nicht beitreten. Damit aber die Schule in Jannitz-Stöckchen nicht als rüchsiglich bezeichnet werden kann, ist den Fortbildungsschülern der Beitritt zu irgendwelchem Verein unter Androhung bis zu 30 Mk. Geldstrafe oder 14 Tagen Haft verboten worden. Außerdem darf kein Fortbildungsschüler nach 8 Uhr abends auf der Straße angetroffen werden. Dafür fehlt der Religionsunterricht in der Fortbildungsschule zu Jannitz-Stöckchen, dem Nachbarn des Herrn Pastors Weg, in hoher Mitleid. Die Schüler haben sogar die Bibel in den Unterricht mitzubringen. Das halten aber unsere Schulmänner augenscheinlich für viel wichtiger als die Pflege und Kräftigung des Körpers. Charakteristisch ist übrigens,

daß sich unter den Schulvorstandsmitgliedern in Jannitz und Stöckchen, wo sich die Bevölkerung überwiegend aus Industriearbeitern zusammensetzt, keines gefunden hat, das sich gegen diese Maßnahme gewendet hätte.

Jenenau. Eine öffentliche Handlungsgesellschaft versammelte sich am Dienstag abend mit dem am 24. Oktober stattfindenden Wahlen zum Kaufmannsgericht. Genosse Plottke-Velpzig hielt einen Vortrag über die Entfaltung und den Wert der Kaufmannsgerichte und forderte die Anwesenden auf, am Tage der Wahl von der Bitte Gebrauch zu machen. In der Diskussion machte es sich Genosse Schärer aus Velpzig zur Aufgabe, die Handlungsgesellschaft der kaufmannlichen Handlungsgesellschaft tiefer zu hängen. Trotz ergangener Einladung hatten die in Privatgeschäften (Brauerei, Schuhfabrik usw.) angestellten Herren es vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. Nur einer hatte sich verlaufen, hörte das Wort Sozialdemokratie und verschwand wieder.

Kochbar. Die geprüften Rechnungen der Gemeinde auf das Jahr 1906 liegen 4 Wochen zur Einsicht der Beteiligten im Gemeindegarten aus.

Möckern. Verbindungsstraße Möckern-Leusch. Der Rat der Stadt Leipzig hat in dem neuen Ortserweiterungsplan für Möckern die Herstellung einer unmittelbaren Verbindungsstraße für den Fuß- und Fahrverkehr zwischen Möckern und Leusch, die schon seit längerer Zeit angestrebt wird, vorgezogen. Die Straße soll etwas länger werden als die ursprünglich von unserer Gemeindeverwaltung geforderte.

Wiederitzsch. Billiger Hund. Der Arbeiter Emil Wörth wurde beim Nachhausekommen von seinem Hunde gebissen und am Arme schwer verletzt, so daß sich seine Unterbringung in das Leipziger Krankenhaus notwendig machte.

Seehausen. Alarm. In der Zeit vom 25. September bis zum 1. Oktober wird die freiwillige Feuerwehr zu Seehausen und Wiederitzsch zu einer Nachtübung alarmiert werden.

Wahren. Die Hundewasserbrücke, die hinter dem hiesigen Rittergutgehöft über das Hundewasser führt, wird wegen ihrer Bauartigkeit bis auf weiteres für allen Fahrverkehr zwischen Wahren-Leusch und Böhlitz-Gröbenberg gesperrt.

Soziale Rundschau.

Was die Schergen den Kapitalisten wert sind. Gegenwärtig macht eine Woge die Kunde durch die Presse, worin das hinterlassene Vermögen des kürzlich verstorbenen Leiters des überbrückten Winterkondensationswerks angegeben wird, nämlich auf 12 Millionen Mark. Außer dem Donator — heißt es weiter — habe Winterkondensationswerk für seine Leistungen oft große Geschenke erhalten, woran man erfieht, was diese Schergen für die Kapitalisten wert sind.

Unter dem Zwange der Verhältnisse. Aus Stuttgart wird berichtet, daß das Ministerium des Innern eine allgemeine Revision der ortsüblichen Tagelöhne für das Jahr 1908 angeordnet hat. Der Regel gemäß wäre die nächste allgemeine Revision der Lohnsätze erst im Jahre 1909 vorzunehmen. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß durch die in den letzten Jahren eingetretenen Verbesserungen der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Löhne gestiegen sind, hält das Ministerium die anderweitige Festsetzung der Höhe der ortsüblichen Tagelöhne schon vor Ablauf der gegenwärtigen Gültigkeitsperiode für notwendig.

zu Selbsthilfe in der Wohnungsfrage. Seit mehr als einem Jahre herrscht in Nürnberg eine sich ständig vermehrende Wohnungsnot, die zu ganz unerträglichen Zuständen geführt hat. Die freisinnige Stadtverwaltung versah sich gegenüber der Malmittel solange konsequent die Augen, bis sie durch die allgemeine Empörung gezwungen wurde, sich damit zu beschäftigen. In ihrem Verstreben, die Interessen des Hausbesitzers nicht zu verletzen, wußte sie nichts anderes zu tun, als die Armenwohnungen zu vergrößern, die Bauvorschriften zugunsten der Hausbesitzer zu verschärfen und für den Bau von Kleinwohnungen von den Straßenherstellungskosten etwas nachzulassen, was bei einem Hause einige hundert Mark ausmacht und selbstverständlich kein Ansporn zum Bau von kleinen Wohnungen ist. Da die Stadt nicht gewillt ist, eine wirksame Wohnungspolitik anzufangen und zu betreiben, hat sich die Arbeiterklasse, die am meisten unter der Wohnungsnot zu leiden hat, zur Selbsthilfe entschlossen und in einer großen Volksversammlung beschlossen, eine Wohnungsgenossenschaft zu gründen, die nur den Konsumverein angegeschlossen werden soll. Das angenommene Statut ist nach dem Muster der Hamburger Wohnungsgenossenschaft verfaßt.

Auch in Deutschland soll kolonisiert werden. Der Hannoversche Kurier meldet die Gründung einer ländlichen Siedlungsgenossenschaft der Provinz Hannover. Es handelt sich in der Hauptsache um die Neubearbeitung der großen ostpreussischen Moore, wo hunderttausend Arbeiter Beschäftigung finden sollen. Der Betrieb wird durch eine große elektrische Zentrale der Siemens-Schuckert-Werke bis zu 50 Kilometer Entfernung mit Kraft und Licht gespeist werden.

Dieses ist kapitalistische Unternehmungen wird natürlich ungeheure Profite aus den Knochen jener hunderttausend Kulturpioniere saugen, die dort die Sümpfe in fruchtbares Land verwandeln. Ob aber die Leute auch eine menschenwürdige Behandlung und auskömmliche Löhne erhalten werden, das ist sehr zu bezweifeln.

Briefkasten der Redaktion.

H. B., Kleinböcker. Das ist uns nicht bekannt.
E. D. 1883. Nachteile entstehen Ihnen dadurch nicht.
Hene. Eignet sich zur Aufnahme nicht. Erstens können solche Konkurrenzstücke überall vor und zweitens würden Sie durch Ihr Eingehen gerade das Geschäft schädigen, für das Sie eintreten.

Auskunft in Rechtsfragen.

M. J. 2. Ehe wir Ihre Anfrage beantworten können, müssen Sie uns genauer Mitteilung zukommen lassen. Am besten wäre eine mündliche Auseinandersetzung. Kommen Sie doch einmal in unsere Sprechstunde.
M. B. 100. Ihre Anfrage läßt sich ohne nähere Information nicht erledigen. Am besten wäre es, wenn Sie einmal in unsere Sprechstunde kämen.
S. S. 12. Sie sind trotzdem unterhaltspflichtig.
M. B. 100. Wenn nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, hat der Mieter dem Vermieter den Mietzins zu bringen.
100. S. 6. Sie sind nicht berechtigt, die Summe vom Mietzins zu kürzen. Sie hätten vorher auf die Erfüllung des Ihnen gegebenen Versprechens dringen sollen.

Wetterbericht

Des sächs. meteorol. Instituts Dresden.
Vorhersage für den 27. September.
Fortgesetzt trocken und meist heiter, mäßige nordöstliche Winde, Temperatur nicht erheblich geändert.

Sozialdemokratischer Verein

für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis.
230 Mitglieder. — Wochenspende 10 Pfg. — Zentralbibliothek, 5000 Bände, steht den Vereinsmitgliedern sowie allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unentgeltlich zur Verfügung. — Bureau: Volkshaus, Friedrichstraße 14, IV. — Vorstand: Vorsitzender: Carl Pahl, Dresdener Straße 24, IV. — Kassier: Franz Wenz, Mühlentstraße 16, IV. — Berichterstatter: Sören: Franz Wenz, Mühlentstraße 16, IV. — Schriftf. Emil Jensch, Brüderstraße 14, Hof I. — Helfer: C. H. Kretsch, Brüderstraße 14, Hof I. — Helfer II: Wilhelm Perle, Mühlentstraße 16, IV. — Helfer III: Emil Strasser, Humboldtstraße 20, IV. Junger Stadt: Emil Witsch, Windmühlentstraße 62, IV.

Die verehrlichen Postabonnenten

wollen rechtzeitig ihr Abonnement bei der betreffenden Postanstalt erneuern.
Die Freunde unserer Sache aber bitten wir auch im neuen Monat um ihr Wohlwollen zu bewahren und stets neue Abonnenten zu werben!
Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Auf Abzahlung

Neu eröffnet! Neu

Möbel auf Kredit
Ich liefere zu billigsten Preisen:
1 Zimmer 8 Mark
2 Zimmer 15 Mark
3 Zimmer 22 Mark
Einzelne Stücke 3 Mark an
Abzahl. v. 1 Mark p. Woche an.

Garderobe auf Kredit.
Ich führe nur erstklassige Ware.
1 Anzug 4 Mark
1 Anzug 6 Mark
1 Anzug 8 Mark
Anzahlung 3 Mark
Kredit auch nach auswärts.

Ph. Loewe, Tauchaer Str. 1, I.
Eingang Hofmeisterstrasse 2.

Lerne Deine Muttersprache beherrschen!

Leichtföhllichen Unterricht in reiner, deutscher Sprache sowie in Buchführung, Korrespondenz, Rechnen, Schreiben, Rundschrift, Stenographie usw. erteilt — für politisch und gewerkschaftlich Organisierte mit großer Preisermäßigung [22745] Paul Günther, Kreuzstrasse 33.

Illustrierte Prachtausgabe von Otto Ludwig Die Heiterethei.

Erzählung aus dem Thüringer Volksleben mit Bildern von E. Liebermann, München. Statt 6 Mk. nur 3.— Mk. Volksbuchhandlung Leipzig Tauchaer Str. 19/21 und deren Filialen.

Kindersegen und kein Ende?

10. Auflage. Vom prakt. Arzt Brupbacher. 30 Pfg. Volksbuchhandlung Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Sämtliche Kräuter-Tees

insbesondere echter Galeopsis - Lungen-Tee

(Johannistee) Pak. 75 Pfg.
Anötisch-Tee 40 Pfg.
Frangula-Abführ-Tee (aus Faulbaum) Pak. 50 Pfg.
Fucus-Zehr-Tee Zur Erzielung größ. Schlankheit. Pak. 50 Pfg.
Jetzt v. frischer Ernte. Reformhaus „Zalyfin“
Neumarkt 40, Sächs. 38; G., Schleierstraße 3; G., Hallische Str. 81; W., Hamburger Str. 13; O., Mühlentstr. 11; N., Taubengasse 70; Zho., Stützerbergstraße 23; O., Gliedebuhr, 90 und Cseh, Gauspacher Straße.

Letterweg, ein. Räder u. Wagentelle offer. billig P. Findeisen Wagenfabrik Volkmaradorf, Rabel 50.

Zigarren-Fabrikniederlage Julius Köthe, Leipzig-R. Josephinenstraße 13.

Verkauft nur in Packung von 50 oder 100 Stück zu Groß-Preisen. Muster zu Diensten. Wiederverkäufer beachten.

Im Gefängnis

von M. Gorki statt 1.— Mk., nur 50 Pfg. Volksbuchhandlung Leipzig.

Raucht [22551] König von Siam-Zigaretten à Stück 2-5 Pfg.

In vielen Geschäften zu haben. Orient. Tabak u. Zigarettenfabrik „Avaris“, Leipzig. M. Wachs aus Konstantinopel.

Neugebauer

akab. geb. (nicht approb.) Praktikant (fr. an Dr. W. Schwabos Polikl.), Behandlung u. homöopath. u. Lichttherapie. Geschlechts-, Haut-, Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleiden, Influenza, Rheumat., Nschias, Gicht, Wasserbrüche. — Neu! Spezial-Lichtbehandl. v. Frauenleiden, besond. Weighfig. Langjähr. Erfahrung, vorz. Erfolge. Klostergasse 2/4, Fahrstuhl im Hause. Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1. Elektr. Lichtbäder, 9-12, 2-9, 10-12, 3-6. Damen wochentags 10-12, 3-6.

In unserer Buchhandlung ist zu haben: Führer f. den Militärpflichtigen.

Preis 30 Pfg.

Leipziger Buchdruckerei

Verlagsgesellschaft Tauchaer Str. 19/21.

Abonnements auf die Leipziger Volkszeitung

nimmt jede Filiale und jeder Ansträger entgegen. Auch kann man mit 5 Pfg.-Postkarte bei der Expedition, Tauchaer Strasse 19/21, abonnieren.

